Nr. 44 ✦ 33. Jahrgang. Berlin, 31. Oktober 1925

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie"

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1 Mark, Arbeitervermittlungen 50 Pfennig, Verbandsanzeigen 30 Pfennig pro Zeile.

Wirtschaftskrise und Holzindustrie.

Gewisse Unternehmergruppen betrachten die nächste Zukunft der deutschen Wirtschaft mit starkem Pessimismus. Sie prophezeien wieder einmal deren Untergang. In ihren Zeitungen, wozu auch die bürgerlichen Tageszeitungen gehören, herrscht eine Stimmung, die fast ebenso gedrückt ist wie zur Inflationszeit. Auch damals wurde der Zusammenbruch der Wirtschaft prophezeit, er kam aber nicht, und die Wirtschaft wird auch jetzt nicht zusammenbrechen.

Wie steht es mit der deutschen Wirtschaft? Richtig ist, daß die Geschäftslage in den letzten Wochen eine fühlbare Verschlechterung erfahren hat. Zahlreiche Unternehmungen haben den Betrieb eingeschränkt oder auch ganz geschlossen. Die Zahl der Kurzarbeiter wächst, ebenso die Zahl der völlig Erwerbslosen. Die einen rechnen mit einer Verschlimmerung des heutigen Zustandes, andere sind der Meinung, daß der Höhepunkt der Krise überschritten sei. Zu den letzteren gehören die bekannten Kohlen- und Eisenindustriellen Peter Klöckner und Otto Wolff, die mit einer zwar langsamen, aber doch merkbaren Besserung der Wirtschaftslage rechnen.

Vielleicht ist diese Meinung zu optimistisch, aber ein Grund für den gekennzeichneten Pessimismus liegt ganz bestimmt nicht vor. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände behauptet immer wieder, daß Deutschlands Produktion und Güterumsatz im ganzen genommen nur 70 Prozent der Vorkriegsmengen betragen. Ist das so, dann wiegt jede Verschlechterung der Wirtschaftslage natürlich weit schwerer, als wenn die Gesamtwirtschaft sich auf voller Vorkriegshöhe befindet. Diese Unternehmerbehauptung ist aber nichts anderes als eine bewußte Zwecklüge, von der sich ihre Erfinder eine Förderung der Scharfmacherpläne gegen das arbeitende Volk versprechen. Gelingt es, dem Volk glaubhaft zu machen, daß es um die deutsche Wirtschaft so schlimm steht, dann findet der Ruf nach Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, Verschlechterung und gänzliche Beseitigung der wenigen sozialen Gesetze natürlich einen ganz anderen Anklang. Diese „wissenschaftliche" Feststellung der Unternehmer hat sogar bei amtlichen Stellen Glauben gefunden. Damit scheint es nun aber endlich vorbei zu sein. So stellt die amtliche Reichskreditgesellschaft in ihrem Bericht über „Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1925" fest:

> Die Produktion hat in ihrer Gesamtheit allem Anschein nach im ersten Halbjahr 1925 die Vorkriegshöhe erreicht.

Wahrscheinlich ist dieser sachverständigen amtlichen Stelle das Geständnis über den tatsächlichen Stand der deutschen Wirtschaft nicht leicht gefallen. Einmal muß die Wahrheit aber doch an den Tag kommen, und daß dies gerade im gegenwärtigen Augenblick geschieht, ist besonders zu begrüßen.

Die Arbeiterschaft hat also keine Ursache, den Kopf hängen zu lassen. Der allseitig anerkannte Wirtschaftspolitiker, Staatssekretär z. D. Professor Dr. Julius Hirsch, hat vor kurzem gesagt: „Die deutsche Wirtschaft als Ganzes ist kerngesund." Mit dieser Behauptung steht nicht im Widerspruch die Tatsache, daß die Zahl der bankerotten Unternehmungen ständig wächst. Im Gegenteil, das ist mit ein Beweis für die gesunde Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Nach der amtlichen Statistik beträgt die Zahl der eröffneten Konkurse während des Jahres 1925 im

Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
796	723	776	687	807	766	797	751	914

Vergleicht man diese Zahlen mit den Konkurszahlen der letzten Jahre, so ist eine starke Zunahme festzustellen. In der Vorkriegszeit gingen aber noch viel mehr Geschäfte pleite. 1913 wurden im Monatsdurchschnitt 811 Konkurse eröffnet, gegen durchschnittlich 780 in den Monaten Januar bis September 1925. Dazu kommen nun allerdings noch die verhängten Geschäftsaufsichten von einigen Hundert im Monat; im September betrug ihre Zahl 459. In einigen Fällen hat die Geschäftsaufsicht den Bankerott des betreffenden Unternehmens zur Folge, gewöhnlich aber ist die Geschäftsaufsicht der Versuch, auf bequeme Weise einen Teil der Schulden loszuwerden. Aus diesem Grunde ist die Zahl der Geschäftsaufsichten kein getreues Spiegelbild der Wirtschaftslage.

Nach einer vorläufigen Zählung sind in der ersten Oktoberhälfte 1925 1185 Konkurse eröffnet worden. Das ist gegen die Vormonate eine starke Zunahme. Aber auch dieses Massensterben von Geschäften und Betrieben ist keine Erscheinung, die uns beunruhigen kann. Ein Blick in die Liste der eröffneten Konkurse zeigt uns, daß es in der Hauptsache Handelsgeschäfte sind, die zusammenbrechen. Es sind jene kleinen Geschäfte, die in den Inflationsjahren wie Pilze nach einem warmen Sommerregen aus der Erde schossen. Dann kommen die Inhaber von Kleinbetrieben, die das Arbeiterleben überdrüssig wurden und nun einmal Unternehmer sein wollten. Darunter mögen sich einige befinden, die auch nach unserer Meinung eine Existenzberechtigung hätten, die meisten aber sind ein unnützer Ballast der Wirtschaft. In den Reihen der mittleren und großen Geschäfte und Betriebe sind die Konkurse auch heute noch eine Seltenheit, obwohl sich auch hierunter viele faule Existenzen befinden. Für die in den bankerotten Unternehmungen beschäftigten Arbeiter ist es natürlich bitter, wenn sie infolge des Konkurses Erwerb und Brot verlieren, im Interesse der Gesamtwirtschaft aber liegt es, wenn die infolge technischer und wirtschaftlicher Rückständigkeit schwachen Betriebe ausgemerzt werden.

Über die Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten in der Holzindustrie gibt es keine amtliche Statistik. Nach einer privaten Zählung sollen im dritten Vierteljahr 90 Konkurse und 61 Geschäftsaufsichten eröffnet worden sein. Auch hier handelt es sich in der Hauptsache um Verkaufsgeschäfte (Möbel- und Holzhandlungen) und kleinere Betriebe. Von den mittleren und größeren Betrieben befinden sich nur ganz wenige im Konkurs. Wir nennen die Heipler Möbelfabrik, die Continental-Sperrholzwerke A.-G., Köln, die Kamm- und Haarschmuckfabrik Kugel u. Co. in Michelstadt, die Pianofabriken Steudel in Zeitz und Fitzner in München. Etwas größer als die Zahl der Konkurse ist die der Geschäftsaufsichten in den Reihen der mittleren und größeren Betriebe. Hier sind zu nennen die Firmen Otto Hammer A.-G. in Chemnitz, Sägewerk und Holzhandlung Kullak u. Müller-Wallstab in Berlin und die Pianofabriken Wiesner u. Co. in Berlin, Klauer u. Co. in Offenbach, Holzindustrie A.-G., Gräfenhainichen, Baldur A.-G., Deggendorf-Frankfurt, und Leutke A.-G. in Leipzig.

Über die finanziellen Verhältnisse der meisten dieser Betriebe ist uns augenblicklich Näheres nicht bekannt. Wenn diese allgemein so sind wie bei der Leutke A.-G. und Baldur A.-G., dann ist nicht zu befürchten, daß es zum Konkurs kommt. Die Leutke A.-G. hat noch lohnende Aufträge für längere Zeit, sie befindet sich nur in augenblicklichen Geldschwierigkeiten. Die Verbindlichkeiten betragen 400 000 Mk., das ist eine verhältnismäßig kleine Summe für dieses Unternehmen mit etwa 150 Arbeitsplätzen. Die Geschäftsleitung hat einen Vergleichsvorschlag gemacht, der den Gläubigern bis zu 500 Mk. bevorzugte Stellung einräumt, d. h. sie werden bald bezahlt, während die Gläubiger über 500 Mk. in Raten bis zum 31. Januar 1927 ohne Zinsen ausgezahlt werden. Es wird damit gerechnet, daß alle Gläubiger dem Vergleichsvorschlage zustimmen, in diesem Falle würde die Geschäftsaufsicht wieder aufgehoben werden. Auch die Baldur A.-G., die in drei verschiedenen Orten Betriebe hat, hat noch genügend Aufträge. Der unmittelbare Anlaß für den Antrag auf Geschäftsaufsicht bestand in starken Geldschwierigkeiten, die dadurch hervorgerufen waren, daß Abnehmer der viel mit dem Ausland arbeitenden Gesellschaft Abnahmebefristungen verlangten. Die Verpflichtungen betragen etwa 730 000 Mk. Auch dieses Unternehmen hofft, zu einem Vergleich mit seinen Gläubigern zu kommen.

Nach dem heutigen Stand der Dinge besteht keine Gefahr, daß von den volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben der Holzindustrie viele kaputtgehen werden. Natürlich leidet auch die Holzindustrie unter der allgemeinen Wirtschaftskrise, über deren Charakter sich die Gelehrten nicht ganz einig sind. Im allgemeinen fehlt es den Betrieben nicht an Aufträgen, aber an dem nötigen flüssigen Kapital für den Einkauf von Material, für die Zahlung der Löhne und sonstiger Unkosten des Geschäfts. Wenn die Unternehmer behaupten, sie hätten ihre Vermögenssubstanz zum größten Teile verloren, so stimmt das nicht. Die deutsche Wirtschaft ist nicht arm, sie wird aber falsch bewirtschaftet. Die Unternehmer haben ihr Kapital vorwiegend in unrentable Sachwerte festgelegt, daher der Mangel am mobilen Kapital. Diesem könnte durch Gewährung neuer Kredite abgeholfen werden, hier aber stoppt die Reichsbank. Sie befürchtet, daß, wenn die einzelnen Unternehmungen den ihnen kaufmännisch zustehenden Kredit bis zur vollen Höhe erhalten, das Mißverhältnis zwischen immobilem und mobilem Kapital noch größer wird. Die Unternehmer sollen gezwungen werden, ihr in Sachwerten angelegtes Kapital der Produktion nutzbar zu machen.

Auch bei den Betriebseinschränkungen spielt der Mangel an mobilem Kapital die Hauptrolle. In einer Reihe von Fällen fehlt es aber auch an Aufträgen. Das wird vor allem auf die Pianoforteindustrie zutreffen, wo es in den letzten Tagen in großem Umfange zu Einschränkungen und Stillegungen von Betrieben gekommen ist. Diese Absatzkrise wird voraussichtlich nicht von langer Dauer sein, wenn auch nicht damit gerechnet werden kann, daß wir bald wieder in eine solche Hochkonjunktur kommen, wie sie die Pianoforteindustrie im Frühjahr dieses Jahres hatte. Auch in den übrigen Branchen der Holzindustrie ist zunächst mit keiner Hochkonjunktur zu rechnen. Die Hoffnung aber kann man haben, daß wir, wenn auch noch nicht ganz, so doch ziemlich den Höhepunkt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise überschritten haben.

Zur Reichskonferenz der Bildhauer.

Nach fünf Jahren kommen Vertreter der Bildhauerkollegen wieder einmal zusammen zur Beratung ihrer Berufslage; in Leipzig findet am 31. Oktober und 1. November die zweite Reichskonferenz der Bildhauer statt. Am 13. und 14. Juni 1920 wurde die erste derartige Konferenz in Erfurt abgehalten. Noch war kein Jahr verflossen seit dem Übertritt des Zentralvereins der Bildhauer zum Deutschen Holzarbeiter-Verband. Es galt, unsere Bildhauerkollegen mit dem Neuen vertraut zu machen, den Widerständen zu begegnen, die sich ganz naturgemäß bei denen bemerkbar machten, die noch immer nicht die Notwendigkeit des Anschlusses an eine der größten und festgefügten Gewerkschaftsorganisationen erkannt hatten. Geschlossen war zwar der Übertritt erfolgt, aber nun galt es, die Geschlossenheit auch im großen Verbande aufrechtzuerhalten, und dazu schien auch die Erfurter Konferenz beigetragen zu haben. Die sich überstürzenden Vorgänge im Wirtschaftsleben, vor allem die Inflation mit all ihren Begleiterscheinungen und die Invasion im Westen Deutschlands mit der Unterbindung fast jeglichen Verkehrs und Erschwerung der Agitation haben die Verbindung der Sektionen untereinander und mit der Zentralkommission jedoch vollständig zerstört.

Erst nach Überwindung der schlimmsten Krise, die über das deutsche Volk nach dem Weltkriege hereingebrochen war, konnte an den Wiederaufbau der Gewerkschaften gegangen werden. Und besonders die kleineren Berufsgruppen auch in unserem Verbande mußten von neuem erst wieder gesammelt werden, obwohl der Deutsche Holzarbeiter-Verband die Krise ohne allzu großen Mitgliederverlust überstanden hatte.

Die Zentralkommission der Bildhauer wurde neu gewählt, und es war ihre erste Aufgabe, die Verbindung mit den Kollegen im Reiche wieder herbeizuführen. Es können jetzt wieder 57 Sektionen und 48 Vertrauensleute der Bildhauer gezählt werden. Vor der Konferenz in Erfurt stand die Zentralkommission mit 140 Orten in Verbindung bzw. erhielt aus diesen Orten statistisches Material. Damit sieht es jetzt noch sehr trübe aus. Besonders Vertrauensmänner in den kleineren Städten versagen in der Beziehung völlig. Aber auch von einzelnen Sektionsleitern waren Berichte und gewünschtes Material über Berufsfragen nicht zu erlangen. Als Entschuldigung können die inzwischen eingetretenen veränderten Berufsverhältnisse nicht in allen Fällen gelten.

In Erfurt wurde 1920 auf die damalige Wirtschaftskrise hingewiesen. Aber in Leipzig werden wir ein viel erschreckenderes Bild unserer Berufsverhältnisse geben müssen. Die jetzige Berufskrise wirkt um so drückender, und ihr stehen viele Kollegen noch völlig ratlos gegenüber, weil wir vor noch nicht gar so langer Zeit eine Hochkonjunktur sondergleichen im Bildhauergewerbe hatten. Damals mußten viele von den bei unserer Zentralstellenvermittlung eingelaufenen Stellen unbesetzt bleiben, während heute ebenso viele Kollegen aus allen Teilen des Reichs um Arbeit nachfragen und von der Zentrale eine ablehnende Antwort erhalten.

Der Bildhauerberuf ist viel mehr von äußeren Einflüssen abhängig als solche Berufe, die für den notwendigen Bedarf arbeiten. Schon immer haben in Zeiten von Wirtschaftskrisen Kunst und Kunstgewerbe am meisten zu leiden gehabt, aber jetzt wirken Einflüsse mit, die weltwirtschaftlicher Art und auf den Weltkrieg zurückzuführen sind.

Die Inflationszeit mit ihrer Fieberkonjunktur hat uns eine so große Zahl parasitärer Existenzen gebracht, daß energisch dagegen eingeschritten werden muß. Für viele scheint jetzt nur das Wort zu gelten: „Rette sich, wer kann" — und zwar in die Schar der Heimarbeiter, wenn sie nicht sogar den Mut aufbringen, „selbständig" zu werden.

Die Lösung des Problems der Heimarbeit war früher schon schwierig, jetzt noch viel mehr dadurch, daß durch die Errichtung von Bildhauer-Zwangsinnungen — neuerdings auch in Berlin — ein Teil der Heimarbeiter veranlaßt werden wird, das Gewerbe anzumelden, um Mitglied der Innung zu werden. Die Zahl der Bildhauermeister wird sich also noch vergrößern, und es ist verständlich, daß die Gehilfen, besonders die in Möbelfabriken und anderen größeren Betrieben der Holzindustrie beschäftigten, sich bedrängt fühlen und sich gegen ein Zusammengehen mit dem Bildhauer-Meisterbund wenden.

Wenn die Zahl der Kleinmeister in einem so engen Berufskreise in drei Jahren um ein Viertel gestiegen ist, wenn die Zahl der beschäftigten Gehilfen ständig zurückgeht und zurzeit knapp die Hälfte voll beschäftigt ist, wenn die Lehrlingszahl seit 1921 um ein volles Drittel gestiegen ist, und wenn schließlich dann auch noch eine Unzahl von Heimarbeitern das Feld abgrast — dann ist es die höchste Zeit, daß energische Maßnahmen getroffen werden. Und dazu soll die Leipziger Konferenz beitragen.

Die eingegangenen Anträge spiegeln die Nöte unseres Berufes wieder. Wenn auch mancher Antrag über das Ziel hinausschießt, so sind andere Anträge sehr beachtenswert und werden zur Annahme gelangen. Auch die Zentralkommission wird auf der Konferenz dazu Stellung nehmen, und es werden vielleicht noch neue Gesichtspunkte dabei zutage treten, die zu empfehlenden Maßnahmen sich verdichten.

Wenn wir ein Zusammengehen mit dem Bildhauer-Meisterbund in bestimmten Berufsfragen befürworten, so wegen der gänzlich veränderten Verhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit. Keinesfalls durfte die Entwicklung des Meisterbundes unbeachtet gelassen werden. Es handelt sich nicht um eine bindende Arbeitsgemeinschaft, sondern die zu behandelnden Fragen, wie reinliche Scheidung zwischen Meister und Heimarbeiter, möglichst gleichmäßige Erhöhung des Kostgeldes für Lehrlinge, Bekämpfung der übermäßigen Einstellung von Lehrlingen, Beseitigung der Schundarbeit und der Schundkonkurrenz, Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch Eingaben an maßgebende Behörden — alle diese Fragen sollen gemeinsam von Fall zu Fall erledigt werden.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht jetzt besonders die älteren Kollegen mit eigenem Haushalt, aber auch die jüngeren werden hart davon betroffen, weil sie Arbeitslosigkeit in dem Ausmaß wie jetzt noch nicht kennengelernt haben. Die Ausgelernten werden auf die Straße gesetzt, entweder weil Arbeit nicht vorhanden ist, oder weil bei minderwertiger Arbeit ein neuer Lehrling den Entlassenen sehr bald wieder ersetzen muß. Wie dem zu steuern ist, das muß in Leipzig eingehend behandelt werden.

Der Zusammenhalt aller Branchengruppen der Bildhauer war in unserem Verbande nicht aufrechtzuerhalten. Die Steinbildhauer traten inzwischen zum Steinarbeiter-Verband über, und auf der Leipziger Tagung soll über die Branche der Modelleure und Gipsbildhauer entschieden werden, ob sie sich nicht doch besser geschlossen dem Baugewerksbund, dem früheren Bauarbeiter-Verband, anschließen. Ein Teil gehört diesem Verbande schon an, ein Teil ist noch in unserem Verbande. Eine solche Zersplitterung dient nicht den Interessen dieser kleinen Branchengruppe. Auch über die kleinste Gruppe, die Alabasterbildhauer, wird entschieden werden müssen. Für die größte Bildhauergruppe, die der Holzbildhauer, sollten Zweifel nicht mehr sein, daß ihre Interessen in unserem Verbande vollauf gewahrt werden. Beklagt wird, daß die Sonderforderungen der Bildhauer im Arbeitsverhältnis nicht in allen Verwaltungen die gleiche Beachtung gefunden haben. Nach vorliegenden Anträgen wird sich auch die Konferenz in Leipzig, wie die in Erfurt, damit befassen. Die Eigenart des Bildhauerberufes muß erkannt werden, um die Sonderforderungen der Bildhauer verstehen und warm vertreten zu können.

Es muß aber auch von unseren Kollegen verlangt werden, daß sie selbst die nötige Initiative aufbringen und treu zum Verbande stehen. Den Orten, wo die Kollegen restlos dem Verbande angehören, stehen andere gegenüber, wo die Zahl der Unorganisierten unliebsam in die Erscheinung tritt. Hier hat die Konferenz Werbearbeit zu leisten. Der Bildhauer-Meisterbund hat auf seiner diesjährigen Tagung in Münster i. W. den Namen Pflichtorganisation statt Zwangsinnung in seiner Beschlußfassung gewählt. Und so sollten auch unsere Kollegen es für ihre Pflicht halten, ihrer Gewerkschaftsorganisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, anzugehören, da uns ein Zwangsmittel nicht zu Gebote steht.

Die Leipziger Konferenz wird umfangreiche Arbeit zu leisten haben. Hoffen wir, daß sie nicht nutzlos ist. Wenn wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß alle uns drückenden Nöte behoben werden, so wird sie eine Mahnung sein an alle maßgebenden Instanzen, dazu beizutragen, daß der Bildhauerberuf als Kulturfaktor nicht untergeht, sondern alle berechtigten Klagen Beachtung finden und alles Durchführbare zur Erhaltung und Hebung des Berufs getan wird.

P. Dupont.

Gewerkschaften und Arbeiterbildung in England.

Die Stärke der englischen Arbeiterbewegung tritt äußerlich vor allem durch die Zahl der in den Trade-Unions, den Gewerkschaften, organisierten Arbeiter in Erscheinung. Während die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1901 rund 353 000 betrug, überschritt sie 1907 zum erstenmal eine Million und erreichte 1920 mit 4 300 000 ihren Gipfelpunkt. 1923 war die Zahl der Mitglieder auf rund 3 120 000 gesunken. Die Schwierigkeiten, mit denen auch die englischen Gewerkschaften zu ringen haben, wachsen ständig. Jetzt, wo die Labour-Party, deren Hauptstütze die Gewerkschaften sind, in jedem Augenblick bereit sein muß, verantwortlich handelnd in die Geschicke des Landes einzugreifen, braucht sie das innige Verständnis der Arbeiter für jede ihrer Handlungen. Das setzt die politische und wirtschaftliche Schulung der Arbeiterschaft in einem viel höheren Grade als früher voraus. Daher halten es die Gewerkschaften auch für eine ihrer vornehmsten Pflichten, die Arbeiterbildungsbewegung sowohl moralisch als auch finanziell zu unterstützen.

Der englischen Arbeiterbewegung stehen zwei Hochschulen zur Verfügung, das Ruskin College in Oxford und das Central Labour College in London. Das Ruskin College wurde 1899 von zwei Amerikanern gegründet. Seit diesem Jahre unterrichtet es ständig 30 bis 50 Arbeiterstudenten, die zum weitaus größten Teil von den Gewerkschaften ausgewählt und unterhalten werden. An das Ruskin College sind für die Ausbildung eines Arbeiterstudenten pro Jahr mindestens 100 Pfund zu zahlen. Einige Gewerkschaften haben sich, da diese Summe die Unkosten des Instituts nicht deckt, entschlossen, ihren Beitrag auf 125 Pfund zu erhöhen. Auch der Staat zahlt seit kurzem geringe Beihilfen. Die Studenten werden mit den Grundlagen der Wirtschaft, der Politik und der Soziologie vertraut gemacht. Darüber hinaus werden sie in Psychologie und Logik, in Literatur und fremden Sprachen unterrichtet.

Das Ruskin College hat immer Wert darauf gelegt, den Studenten eine Bildung zu vermitteln, die frei war von jeder parteimäßigen Einstellung. Diese Tendenz führte im Jahre 1908 zu einem Streit mit einigen Studenten, die den Wunsch hatten, daß der Unterricht in der Wirtschaftslehre ausschließlich im marxistischen Sinne erteilt werde. 1909 bildeten diese Studenten die „Liga der Plebs" und schufen die zweite englische Arbeiterhochschule, das heutige „Central Labour College" in London, in der sie den Unterricht ihren Grundanschauungen gemäß gestalteten.

Die hier offen zutage getretenen Gegensätze finden sich in der gesamten englischen Arbeiterbildungsbewegung. Die „Workers Educational Association" (abgekürzt W. E. A.), die „Arbeiterbildungs-Vereinigung", erklärt, genau so wie die Leitung des Ruskin College, daß es wichtiger sei, den Arbeiter zum Durchdenken der Tatsachen zu erziehen, als ihn nur mit einer vorgefaßten Meinung vertraut zu machen. Nur der Arbeiter wird ein wertvoller Kämpfer in den Reihen der Gewerkschaften sein, der mit den Problemen der Gegenwart und Vergangenheit geistig gerungen hat und durch diesen inneren Kampf zu einer festen Anschauung gelangte. Im Gegensatz dazu vertritt der „National Council of Labour Colleges" (abgekürzt N. C. L. C.), der „Nationalrat der Arbeiterhochschulen", die Auffassung, daß es vor allem nötig sei, den Arbeiter im Hinblick auf die Agitation zu schulen. Beide Bildungsvereinigungen werden von den Gewerkschaften unterstützt. Gemeinsam mit den örtlichen und Landesverwaltungen werden in ganz England Kurse für die Mitglieder eingerichtet. Der Unterricht umfaßt alles, was der Arbeiter an allgemeinem und sozialem Wissen in sich aufnehmen müßte, nur das Fachwissen wird den Fachschulen zu lehren überlassen.

Die W. E. A., der es gelungen ist, einen großen Teil der an den Universitäten wirkenden Lehrkräfte für ihre Kurse zu gewinnen, erstrebt über die gegenwärtig bereits geleistete praktische Erziehungsarbeit hinaus eine Änderung des allgemeinen öffentlichen Erziehungswesens. Sie erklärt, daß alle Bildungsarbeit, die die Gewerkschaften unterstützen und gemeinsam mit den Bildungsorganisationen leisten, nur dann Erfolg haben könne, wenn die Erziehungsgrundlage von vornherein auf einen höheren Stand gebracht werde. Sie hat deshalb ganz bestimmte Forderungen für das sogenannte „National System of Education", das öffentliche Erziehungssystem, aufgestellt. Die Grundsätze, für die sie eintritt, mögen im folgenden in ihren wichtigsten Punkten mitgeteilt werden:

Die W. E. A. fordert die freie Erziehung durch alle Stufen bis hinauf zur Universität. Sie fordert die ärztliche und zahnärztliche Überwachung der Schulen und tritt neben der geistigen Ausbildung auch für eine ausreichende körperliche Schulung ein. Sie fordert, daß nach dem Wortlaut des 1918 in Kraft getretenen Erziehungsgesetzes ein allgemeines öffentliches Erziehungssystem geschaffen werde, das allen dient, die die zur Ausbildung nötigen Fähigkeiten besitzen, und daß demzufolge auch diejenigen nicht von der Anteilnahme an den Gütern des Wissens ausgeschlossen werden, die wohl die Fähigkeiten, aber nicht die nötigen Mittel besitzen.

Im einzelnen fordert sie, daß Kleinkinderschulen errichtet werden, an denen Lehrer wirken sollen, die für die Erziehung von Kleinkindern geeignet und ausgebildet sind. Die Kinder sollen auch in gesundheitlicher Hinsicht betreut werden und sich so viel wie möglich in freier Luft tummeln.

Vom 5. bis 15. Lebensjahre sollen die Kinder die Grundschule (Primary Education) besuchen. Den Gemeindebehörden soll das Recht zustehen, den Besuch der Grundschule bis zum 16. Lebensjahre zu verlängern. Der Unterricht muß so gestaltet werden, daß sich an die Grundschule ohne weiteres der Besuch einer Fortbildungschule (Secondary Education) anschließen kann. Über 14 Jahre alten bedürftigen Kindern sollen zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes von den Gemeinden Zuschüsse gewährt werden. Schulkinder dürfen unter keinen Umständen gegen Lohn oder Entschädigung oder in sonst irgendeiner Weise, die sie unfähig machen könnte, ihren Schulpflichten zu genügen, beschäftigt werden. Die Schülerzahl in den Klassen darf zunächst nicht höher als 40, später nicht höher als 30 sein. Die Zahl der Fortbildungsschulen, die die Schüler in Tageskursen unterrichten, soll vermehrt werden. Auch ihr Besuch soll unentgeltlich sein. Bis zur Schaffung dieser vollwertigen Fortbildungsschulen sollen die Schüler Gelegenheit zum zeitweisen Besuch solcher Schulen erhalten (etwa nach der in Deutschland üblichen Art).

Die W. E. A. fordert, daß für freiwillige und nichtdiplomierte Lehrer fortschreitende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Alle Schulen müssen mit einer genügenden Anzahl gut vorgebildeter Lehrer ausgestattet werden. Daher soll geeigneten Knaben und Mädchen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, schon jetzt der Universitätsbesuch ermöglicht werden. Für die Lehrer fordert die W. E. A. angemessene Ferien und berufliche Freiheit. Sie sollen nicht an einen starren Stundenplan und irgendein Lehrbuch gebunden sein.

Der Besuch der Universitäten soll den Armen ebenso wie den Reichen offenstehen. Nur die Befähigung darf über den Eintritt entscheiden. Bis zu der Zeit, wo allen Befähigten der Besuch der Universitäten ermöglicht wird, sollen ausreichende Stipendien für arme Studenten zur Verfügung stehen, und die Methode ihrer Auswahl soll so sein, daß kein Befähigter durch geldliche Not am Studium verhindert wird. Der Lehrerausbildung soll an den Universitäten ganz besondere Beachtung geschenkt werden. Staat und Gemeinde sind verpflichtet, die für den Unterhalt der Universitäten nötigen Mittel aufzubringen.

Neben diesen Bildungsorganisationen wirkt noch die „Workers' Travel Association" (abgekürzt W. T. A.), die „Arbeiter-Reisevereinigung", die durch Ermöglichung von Arbeiterstudienreisen unter anderem auch der internationalen Verständigung dienen möchte.

Die Gesamtzahl der im letzten Jahre an den Veranstaltungen der Bildungorganisationen beteiligten Arbeiter mag etwa 100 000 betragen haben, wenn man neben den Besuchern der Vollkurse auch die der Einzelvorträge in Betracht zieht. Diese Zahl mag im Hinblick auf die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder gering erscheinen, dennoch ist sie im Hinblick auf die in früheren Jahren erreichte Anteilnahme der Werktätigen an der Bildungsarbeit recht hoch. Man darf annehmen, daß sie infolge der ständigen und eindringlichen Werbearbeit aller beteiligten Kreise in der Zukunft noch eine weitere und wünschenswerte Steigerung erfahren wird.

Willy Möhus.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Vom Kampf um die Freizeit der Jugendlichen.

In dem vom Leipziger Gewerkschaftskongreß angenommenen gewerkschaftlichen Jugendprogramm sind festumrissene Forderungen genannt. Unter ihnen befindet sich die Forderung nach einer Höchstarbeitszeit von täglich acht Stunden und die Gewährung von zwei- bis dreiwöchigem bezahlten Urlaub im Jahre. Die Gegner der Freizeit der Jugendlichen, die Innungen und Arbeitgeberverbände bezeichneten diese Forderungen als Agitationsmanöver und unerfüllbar. Inzwischen hat die gesamte organisierte Jugend Deutschlands diese freigewerkschaftlichen Jugendforderungen zu ihren eigenen gemacht. Sie will aber diese Forderungen nicht nur erheben, sondern sie auch durchgesetzt sehen. Zu diesem Zweck hatte der Ausschuß der deutschen Jugendverbände zum 6. und 7. Oktober zu einer großen öffentlichen Tagung nach Cassel eingeladen. Das ganze Problem der Freizeit für die Jugend wurde von den verschiedensten Seiten beleuchtet. Die Öffentlichkeit sollte aufmerksam gemacht und die öffentliche Meinung zugunsten der aufgestellten Forderungen beeinflußt werden. Wenn man den Verlauf der Tagung im ganzen betrachtet, so darf man wohl feststellen, daß sie gelungen ist. Das von Dr. Bogusat vom Reichsgesundheitsamt vorgetragene Material erbrachte den Beweis dafür, wie schlecht es heute um den Gesundheitszustand unserer Jugend bestellt ist. Bei Betrachtung der heutigen Produktionsweise, der sich immer steigernden Arbeitsintensität muß ein großer Kräfteverbrauch festgestellt werden. Schlimmer als die Muskelermüdung ist aber die Nervenerschlaffung. Besonders der junge Mensch muß eine lange Nachtruhe haben. Die weibliche Jugend bedarf noch eines erweiterten Schutzes.

Die tägliche Beschränkung der Arbeitszeit und die sonntägliche Arbeitsruhe genügen nicht, um die volle Arbeitskraft wiederherzustellen. Ein jährlicher mehrwöchiger Urlaub ist aus diesem Grunde dringend erforderlich. Selbst ein Motor muß in jedem Jahre wenigstens einmal überholt werden, um voll leistungsfähig zu bleiben. Um wieviel mehr muß der Mensch, und besonders der im Körperaufbau begriffene Jugendliche, die Zeit zur Auffrischung und Restaurierung haben.

Im Sommer ist ein Erholungsurlaub am zweckmäßigsten. Die Tage sind lang. Die Bewegungsfreiheit in frischer Luft mit unbekleidetem Körper ist am größten. Die Sonne ist ein wesentlicher Heilfaktor. Da wir ein ziemlich sonnenarmes Land sind, von den 360 Tagen des Jahres haben wir durchschnittlich nur 100 Sonnentage, muß die Sommerzeit soviel wie irgend möglich für die Körperpflege ausgenutzt werden.

Da bei der Urlaubsgewährung hauptsächlich wirtschaftliche Gründe mitsprechen, sollte aber auf die Sommerzeit als Urlaubszeit nicht unbedingt bestanden werden. Auch der Wintersport bringt dem Körper Erfrischung. Dringend zu fordern ist, daß der Urlauber seinen Urlaub nicht zu Hause verbringt. Für den Städter gibt es keine bessere Erholung als auf dem Lande. Auch die von den Jugendbünden veranstalteten Ferienwanderungen stellen eine geeignete Art der Ferienverbringung dar. Es ist von Ärzten beobachtet worden, wie noch nach Monaten eine Ferienwanderung sich in günstigem Sinne auf Körper und Geist auswirkt.

Unsere Unternehmer behaupten, die deutsche Wirtschaft könne die Lasten, die aus einer Urlaubgewährung entstehen, nicht tragen. Sie weisen auf die Belastung durch den Dawes-Plan hin, dessen Auswirkung wir heute noch nicht voll spüren. Gewiß ist zuzugeben, daß die Erfüllungspolitik der deutschen Wirtschaft schwere Lasten auferlegt. Aber es ist eben nicht wahr, daß durch eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden und jährliche Urlaubsgewährung die Produktion verringert wird. Nein, im Gegenteil. Wir brauchen nur auf das Gutachten zu verweisen, das der bekannte Industrielle Bosch bei den Erörterungen im Reichswirtschaftsrat abgegeben hat. Besonders charakteristisch ist die Stelle, an der Bosch mitteilt, daß er selbst während des Krieges dem Drängen der Militärbehörde, den Arbeitstag zu verlängern, nicht stattgegeben habe, weil er auf Grund seiner langjährigen Erfahrung wußte, daß Arbeitszeitverlängerung nicht Produktionserhöhung, sondern Produktionsrückgang bedeutet.

Der jährliche Urlaub übt auch einen großen Einfluß auf die Arbeitslust aus, die wiederum eine Vorbedingung für einen hohen Ertrag der Arbeit ist. Die menschliche Arbeitskraft, physisch wie geistig, ist das höchste Gut, über das wir verfügen. Darum bedeutet auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus Schutz der Arbeitskraft einen wirtschaftlichen Gewinn. Die Freizeit ist eben nicht unproduktiv, sondern produktiv.

Interessant ist in diesem Zusammenhange die Erklärung eines Unternehmervertreters, der die Durchführung der aufgestellten Forderungen sowohl betriebstechnisch als auch finanziell als durchaus tragbar bezeichnete. Ein Vertreter der preußischen Regierung sah die Zeit für eine gesetzliche Regelung dieser Fragen als noch nicht reif an. Er verwies auf den Tarifvertrag und das kommende Berufsausbildungsgesetz. Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsarbeitsministeriums waren trotz dringlicher Einladung nicht erschienen. Solange Herr Schiele Innenminister ist und Herr Brauns die Geschäfte der Unternehmer besorgt, dürfen auch die Jugendverbände nicht damit rechnen, daß sie bei der Reichsregierung Verständnis für ihre Wünsche finden werden.

Von großem Interesse waren noch die Ausführungen von Vertretern der Jugendverbände, der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen und der freien Wohlfahrtspflege über die Mithilfe an einer förderlichen Verwendung der Freizeit

Der Betriebsrat in der Holzindustrie

Beilage der Holzarbeiter-Zeitung, Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Rationelles und wirtschaftliches Arbeiten.

VII. Die wirtschaftliche und kommerzielle Seite der Möbelnormung.

In wirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht könnte nun die Frage aufgeworfen werden, ob nicht durch die Herstellung von Einzelteilen in Spezialbetrieben die Verwaltungs- und Handlungsunkosten so stark anwachsen, daß alle Vorteile, die auf der einen Seite entstehen, auf der andern aufgehoben werden. Es ist durchaus berechtigt, diese Frage aufzuwerfen, und sie soll in diesem letzten Abschnitt einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden. An einem „Handel" mit genormten Einzelteilen ist natürlich nicht gedacht. Zwischenglieder, die sich leider in sehr vielen Produktionsgebieten vom Rohstoff über die Produktion der Waren bis zum letzten Glied, dem Verbraucher, einschieben, mühelos Gewinne erzielen und die Waren über Gebühr verteuern, werden hier keinen Platz finden. Dafür wird das Geschäft einmal nicht lukrativ genug sein, und zum anderen dem Kaufmann nicht liegen. Es dürften hier höchstens Vertreter mit fachlicher Vorbildung in Frage kommen, die aus Gründen einer glatten Erledigung der Aufträge die Bestellungen auf genormte Teile entgegennehmen und durchgearbeitet weitergeben. Diese Maßnahme wird notwendig sein, weil leider sehr viele Handwerker und Inhaber von Kleinbetrieben auch heute noch nicht verstehen, klar auszudrücken, was sie wollen. In sehr vielen Fällen werden allerdings die Normblätter ausreichen, um die Wünsche des Bestellers erkennen zu lassen und den Auftrag auf den Weg zu bringen.

Es ist ein wirtschaftlicher Grundsatz, daß die Unkosten eines Unternehmens relativ höher sind, wenn neben der Fabrikation gleichzeitig der Verkauf an den Einzelverbraucher betrieben wird. Ein solches Unternehmen erfordert neben der Fabrikationsorganisation eine Verkaufsorganisation. Das wirtschaftliche Ergebnis wird um so geringer und unübersichtlicher sein, je mehr versucht wird, beide Einrichtungen als ein Ganzes zu betrachten. Aus diesem Grunde befassen sich die meisten größeren Möbelfabriken nicht mit dem Einzelverkauf der Möbel, sondern liefern nur an Händler und sind dadurch befähigt, sich voll und ganz auf die Fabrikation einzustellen. Aber das alles schließt nicht aus, daß ein Spezialbetrieb für genormte Einzelteile der Möbelfabrikation gleichzeitig Abteilungen unterhält, die sich mit dem Zusammenbau der genormten Teile befassen, da ja auch der Zusammenbau zur Fabrikation gehört. Dabei ist es nötig, daß sich diese Fertigabteilungen, wie wir sie nennen wollen, in verschiedenen Städten befinden, zugleich den Verkauf der Möbel an die Verbraucher an Ort und Stelle vornehmen und somit tatsächlich eine Ersparnis an Handlungsunkosten erzielen. Außerdem wird der Transport von Einzelteilen durch die Bahn viel reibungsloser vor sich gehen, als dies mit fertigen Möbeln, die vielleicht schon gestrichen oder lackiert sind, geschehen kann. Der Raum, den beispielsweise ein zusammengebauter Küchenschrank einnimmt, kann wahrscheinlich durch Einzelteile für vier oder fünf Schränke gleicher Art ausgefüllt werden, ganz abgesehen davon, daß ein fertig behandelter und vielleicht verglaster Schrank eine ganz andere Verpackung erfordert als die Einzelteile. Damit dürfte gleichzeitig nochmals der Einwand widerlegt sein, daß genormte Möbelteile wegen der leichten Beschädigung nicht transportiert werden können, oder der Transport nur unter erheblichen Schwierigkeiten vor sich gehen kann. Wäre dieser Standpunkt richtig, dann müßten fertige Möbel, die doch ohne Zweifel sorglicher behandelt werden müssen, überhaupt von jedem Transport mit der Eisenbahn ausgeschlossen sein.

Als günstigen Faktor können wir in der Transportfrage die technische Entwicklung des Verkehrswesens in Rechnung stellen. Wir wissen heute noch nicht, ob die Eisenbahn als wichtigstes Verkehrs- und Transportmittel bestehen bleiben wird. Schon heute ist es vorteilhafter, auf Strecken, die an einem Tage zurückgelegt werden können, Güter mit dem Lastkraftwagen zu befördern. Die hierbei erzielte Zeitersparnis ist nicht zu unterschätzen. Der Transport des Rohstoffes, der Halbfabrikate oder fertigen Ware von der Erzeugungsstelle zur Bahn, der Abtransport von der Bahn zur Verarbeitungs- oder Verbrauchsstelle und die damit verbundenen Umladungen fallen beim Lastkraftwagen fort. Der Transport von genormten Möbelteilen durch Lastkraftwagen vereinfacht auch die Verpackung wesentlich, denn es findet nur ein einmaliges Ein- und Ausladen statt.

Wir glauben nunmehr, alle Fragen der Normung von Möbelteilen in technischer, organisatorischer, wirtschaftlicher und kommerzieller Hinsicht erörtert und dargelegt zu haben. Aus diesen Erörterungen wird zu erkennen sein, daß die Normung nicht nur durchführbar ist, sondern eine gewaltige Steigerung der Produktion und damit Verbilligung der in Frage kommenden Möbel im Gefolge haben wird. Es sind hier absichtlich nur die Zweckformen (Küchen- und Schlafzimmermöbel) in den Kreis der Betrachtungen künftiger Möbelherstellung gezogen, weil diese Möbel für alle Kulturmenschen unentbehrlich sind, der Bedarf dementsprechend groß ist und die Preise billig sein müssen. Es bleibt nun noch übrig, die arbeitspsychologische und kulturelle Wirkung der hier gekennzeichneten Möbelnormung zu untersuchen.

Die Meister der kleinen Möbeltischlereien und mittleren Betriebe werden sich heftig gegen eine Normung wenden, auch wenn sie überzeugt werden könnten, daß diese durchführbar und für die Möbelproduktion rationell und wirtschaftlich von größter Bedeutung ist. Sie werden die handwerkliche Arbeit als bedroht hinstellen, trotzdem gewiß mancher Handwerker vom handwerklichen Geist längst verlassen ist. Man wird weiter hervorheben, daß die Normung eine Zergliederung der Arbeitsvorgänge bedeutet, wogegen die jetzige Arbeitsteilung als ein komplizierter Arbeitsprozeß anzusehen ist. Man wird sagen, der Tischler ist kein Handwerker mehr, er wird bei der sich immer gleichbleibenden Arbeit stumpfsinnig werden und sich außerdem in seiner eigenen Wohnung mit genormten Möbeln nicht wohl fühlen.

Es sei gleich vorweg darauf hingewiesen, daß heute in sehr vielen Wohnungen Möbel stehen, die durchaus nicht den Anspruch erheben können, durch Form und Ausführung die Wohnung wohnlicher zu gestalten. Die aus genormten Teilen hergestellten Möbel können sehr viel schönere und zweckmäßigere Formen aufweisen und in der Ausführung solider sein. Das alles sind Fragen der Erziehung und Geschmacksbildung. Daß der Arbeiter stumpfsinnig werden muß bei einer sich immer gleichbleibenden Arbeit, ist eine Ansicht, für die keinerlei Beweise vorliegen. Das Gegenteil wird eintreten. Die durch die Normung herbeigeführte Produktionssteigerung verbilligt die Möbel bei steigenden Löhnen. Die entwickelte Produktionstechnik gestattet eine weit-

---

ernstlich durchführen will, muß es zunächst einmal dafür sorgen, daß für alle Heimarbeiterbezirke Fachausschüsse errichtet werden. Im Freistaat Sachsen bestehen heute ganze sechs Fachausschüsse, und zwar je einer für die Kleider-, Handschuh-, Wäsche- und Spitzen-, Posamenten- und Kunstblumenindustrie, ferner einer für kunstgewerbliche und weibliche Handarbeiten. Für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie sind noch keine Fachausschüsse errichtet. Solange das nicht der Fall ist, stehen auch die wenigen Rechte, die das Hausarbeitgesetz den Heimarbeitern gibt, für diese nur auf dem Papier. Wenn das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium das nicht will, dann muß es mit größter Beschleunigung an die Errichtung von Fachausschüssen für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie gehen.

Ein anderer Erlaß des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums beschäftigt sich mit der gewerblichen Kinderarbeit. Die Gewerbeaufsichtsämter werden angewiesen, „bei der Beaufsichtigung gewerblicher Kinderarbeit zu prüfen, ob die Unterhaltspflichtigen Hausarbeiter sind, und ob ihnen im Sinne des § 20 des Hausarbeitgesetzes zulängliche Entgelte gewährt werden. Derart gewonnene Feststellungen werden zunächst in sehr vielen Fällen den vorhandenen Fachausschüssen mitzuteilen sein oder Veranlassung geben, die Frage der Errichtung weiterer Fachausschüsse zu prüfen, um die Festsetzung zulänglicher Entgelte herbeizuführen. Soweit eine Entlohnung der Unterhaltspflichtigen erreicht wurde, die als „zulängliches Entgelt" anzusehen ist, wird der Durchführung des Kinderschutzgesetzes mehr Nachdruck zu verleihen sein als bisher".

---

die Zunahme im Jahre 1923 28 Prozent, im Jahre 1924 38 Prozent und im Jahre 1925, nach der Aufnahme am 1. Juli, 45 Prozent. Im ganzen gab es am 1. Juli 417 536 Kraftwagen in Deutschland, wobei die steuerfreien Kleinkrafträder nicht gezählt sind. Gegenüber dem Jahre 1924 ist gestiegen die Zahl der Großkrafträder von 97 965 auf 161 508, die der Personenkraftwagen von 132 179 auf 175 665, die der Lastkraftwagen von 60 629 auf 80 363. Im Jahre 1925 entfiel auf je 147 Einwohner ein Kraftfahrzeug. Am zahlreichsten waren die Kraftfahrzeuge in Hamburg, wo auf 106 Einwohner eins entfällt, dann folgt Berlin mit 109, das Rheinland mit 117, der Freistaat Sachsen mit 118 Einwohner auf ein Kraftfahrzeug. Dagegen kommt in Oberschlesien erst auf 403 Personen ein Kraftfahrzeug.

Trotz der starken Zunahme der Kraftfahrzeuge bleibt Deutschland in der Zahl seiner Automobile hinter anderen Ländern weit zurück. Wenn man die Krafträder außer Betracht läßt, also nur Personen- und Lastkraftwagen zählt, dann entfielen in Deutschland auf einen Wagen im Jahre 1924 321, im Jahre 1925 dagegen 244 Einwohner. Die stärkste Verbreitung hat das Automobil in den Vereinigten Staaten, wo schon auf 6 Einwohner ein Kraftwagen entfällt. In Kanada kommen 14, in Neuseeland 18, in Australien 27, in Großbritannien 60, in Frankreich 71, in Argentinien 75, in Schweden 95, in Belgien 121, in Britisch Südafrika 181 Einwohner auf ein Automobil. In Europa ist das Automobil nur in Spanien mit 314 und in Italien mit 450 Einwohnern auf einen Kraftwagen schwächer verbreitet als in Deutschland. Für die gesamte Welt wird der Bestand an Kraftwagen im Jahre 1925 auf 21 409 000 angegeben.

---

dem Verbandsleben.

ntmachungen des Vorstandes.

scheinen dieser Zeitungsnummern chenbeitrag, für die Woche vom ober fällig geworden.

an der Heimvolkshochschule in Tinz, eginnt und fünf Monate dauert, ist ein Frauen- nswahl der Kursusteilnehmerinnen erfolgt auf andsvorstände durch den Bildungsausschuß des en Gewerkschaftsbundes.

der unseres Verbandes, die sich zur Teilnahme an n wollen, haben bis spätestens den 15. November an den Verbandsvorstand einzureichen, und zwar Ortsverwaltung, die ein Gutachten beizufügen hat. en Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, stätigkeit und bisherige Wirksamkeit im Verband ewegung überhaupt enthalten. Von den geeigneten en in erster Linie Unverheiratete berücksichtigt.

16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

nferenz für Rheinland und Westfalen.

dem 18. Oktober, fand in Dortmund eine Jugendleiter unseres Verbandes für das latt. Vertreten waren die Orte: Bielefeld, nd, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Gelsen- agen, Hamm, Mülheim, Ohligs, Recking- , Soest, Solingen und Witten. Im ganzen 16 Orten. Kollege Timm referierte über luf- und Ausbau der Jugendabteilungen es." In der Aussprache wurden die großen besprochen, die im Industriegebiet unserer sind. Es soll versucht werden, durch ge- eise Erfolge zu erringen. Kollege Meyer irte für den Gauvorstand die Bereitwillig- eise die Jugendarbeit zu stützen und zu ussprache hat bestimmt dazu beigetragen, ewegung weitere Entwicklungsmöglichkeiten

R. T.

Korrespondenzen.

Baden. Am 30. September starb unser delleur Franz Bernt. In ihm verliert die rsektion ein treues Mitglied. Bernt, der on 56 Jahren erreichte, war ein geborener ganisation gehörte er seit 1907 an, zunächst Verband, als dieser sich mit dem Deutschen band verschmolz, trat er mit über, und auch jederzeit seinen Mann gestanden. Bernt ach eine künstlerisch hochbegabte Persönlich- eiten fanden nicht nur bei seinen Kollegen, den Unternehmern volle Anerkennung. Die ihm ein treues Andenken bewahren.

Unsere Lohnbewegung.

irkung der Meißingerschen Aktennotiz.

März 1925 zwischen der Verwaltungsstelle Verbandes und den Vereinigten Verbänden lzindustrie abgeschlossene Manteltarif- das Berliner Holzgewerbe ist 13. Oktober datierte Verfügung der Reichs- ng für allgemeinverbindlich er- nd zwar mit Wirkung vom 1. September en dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit, l gestellt wurde, und der Entscheidung der waltung lag ein Zeitraum von mehr als ahr. Daraus kann man schließen, daß der lle die Entscheidung außerordentlich schwer ist es auch in der Tat.

estehen im Unternehmerlager zwei Organi- ch bitter befehden. Von den Vereinigten unter der Leitung des Obermeisters Paeth er die Unternehmer des gesamten Berliner n sich vereinigten, hat sich ein wichtiges Vereinigung der Berliner Holzindustriellen, abgesplittert. Die Freie Vereinigung um- l größerer Möbelbetriebe. Sie wird vom rtlein geleitet und ist jetzt dem Arbeit- er deutschen Holzindustrie und des Holz- hlossen. Bei dem Verhältnis zwischen den hmergruppen ist ein gemeinsames Ver- eck des Abschlusses eines einheitlichen Ver- trages unmöglich. Deshalb wurde im Frühjahr zunächst mit den Vereinigten Verbänden als der Gruppe verhandelt, die die größte Zahl der Holzarbeiter beschäftigt. In dem am 24. März abgeschlossenen Vertrag, der sich im übrigen an das Muster anlehnt, das auch für die sonstigen Landestarifverträge im Holzgewerbe gilt, ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden festgelegt. Das ist die Arbeitszeit, die seit dem Jahre 1919 in Berlin gilt, und die sich unsere Berliner Kollegen seither niemals nehmen ließen. Diese Vertragsbestimmung hat Herrn Paeth die schärfsten Angriffe des Arbeitgeberverbandes eingetragen. Ihm wurde Verrat an den heiligsten Interessen des gesamten Unternehmertums vorgeworfen, und man kargte nicht mit sonstigen Liebenswürdigkeiten. Dabei wußten die Ankläger sehr gut, daß jede Sympathie mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft Herrn Paeth durchaus fern liegt. Sehr gegen den eigenen Willen hat er sich genötigt gesehen, den Berliner Kollegen dieses Zugeständnis zu machen.

Für die Freie Vereinigung lag zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Paeth ein bis zum 30. April befristeter Schiedsspruch vor. Die dann mit ihr aufgenommenen Verhandlungen führten am 15. Mai zum Abschluß eines Tarifabkommens. Den Schluß dieses Abkommens bildet eine Erklärung, in der sich die Parteien bereit erklären, in den ersten Tagen des Juni zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zusammenzutreten. „Bis dahin verbleibt es bei der bisherigen 46stündigen Arbeitszeit." Zum Abschluß eines Tarifvertrages, der nur mit dem der Vereinigten Verbände hätte gleichlautend sein können, ist es aber nicht gekommen. Herr Haertlein teilte unserer Ortsverwaltung am 26. Juni mit, daß die

Wenn die Zahl der Kleinmeister in e
Berufskreise in drei Jahren um ein Viert
wenn die Zahl der beschäftigten Gehilfen
geht und zurzeit knapp die Hälfte voll besch
die Lehrlingszahl seit 1921 um ein volles
ist, und wenn schließlich dann auch noch ei
Heimarbeitern das Feld abgrast — dann i
Zeit, daß energische Maßnahmen getroffen
dazu soll die Leipziger Konferenz beitragen.

Die eingegangenen Anträge spiegeln di
Berufes wieder. Wenn auch mancher Antra
hinausschießt, so sind andere Anträge sehr
und werden zur Annahme gelangen. Au
kommission wird auf der Konferenz dazu St
und es werden vielleicht noch neue Gesich
zutage treten, die zu empfehlenden Maßna
dichten.

Wenn wir ein Zusammengehen mit d
Meisterbund in bestimmten Berufsfragen
wegen der gänzlich veränderten Verhältnisse
Vorkriegszeit. Keinesfalls durfte die E
Meisterbundes unbeachtet gelassen werden.
nicht um eine bindende Arbeitsgemeinschaft,
behandelnden Fragen, wie reinliche Sche
Meister und Heimarbeiter, möglichst gleichm
des Kostgeldes für Lehrlinge, Bekämpfung d
Einstellung von Lehrlingen, Beseitigung de
und der Schundkonkurrenz, Beschaffung von
keiten durch Eingaben an maßgebende Be
diese Fragen sollen gemeinsam von Fall z
werden.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht
die älteren Kollegen mit eigenem Haushalt,
jüngeren werden hart davon betroffen, we
losigkeit in dem Ausmaß wie jetzt noch nich
haben. Die Ausgelernten werden auf die
entweder weil Arbeit nicht vorhanden ist,
minderwertiger Arbeit ein neuer Lehrling
sehr bald wieder ersetzen muß. Wie dem zu
muß in Leipzig eingehend behandelt werde

Der Zusammenhalt aller Branchengrupper
war in unserem Verbande nicht aufrechtzu
Steinbildhauer traten inzwischen zum Steina
über, und auf der Leipziger Tagung soll üb
der Modelleure und Gipsbildhauer entschie
sie sich nicht doch besser geschlossen dem B
dem früheren Bauarbeiter-Verband, anschli
gehört diesem Verbande schon an, ein Teil ist
Verbande. Eine solche Zersplitterung dient
essen dieser kleinen Branchengruppe. A
kleinste Gruppe, die Alabasterbildhauer, w
werden müssen. Für die größte Bildhauerg
Holzbildhauer, sollten Zweifel nicht mehr
Interessen in unserem Verbande vollauf ge
Beklagt wird, daß die Sonderforderungen de
Arbeitsverhältnis nicht in allen Verwaltun
Beachtung gefunden haben. Nach vorliege
wird sich auch die Konferenz in Leipzig, wie
damit befassen. Die Eigenart des Bildhauerk
kannt werden, um die Sonderforderungen
verstehen und warm vertreten zu können.

Es muß aber auch von unseren Kollegen v
daß sie selbst die nötige Initiative aufbringe
Verbande stehen. Den Orten, wo die Kolleg
Verbande angehören, stehen andere gegenübe
der Unorganisierten unliebsam in die Erschein
hat die Konferenz Werbearbeit zu leisten.
Meisterbund hat auf seiner diesjährigen Tag
i. W. den Namen Pflichtorganisation statt
in seiner Beschlußfassung gewählt. Und so soll
Kollegen es für ihre Pflicht halten, ihrer
organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-V
gehören, da uns ein Zwangsmittel nicht z

Die Leipziger Konferenz wird umfangre
leisten haben. Hoffen wir, daß sie nicht nur
wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben,
drückenden Nöte behoben werden, so wird sie
sein an alle maßgebenden Instanzen, dazu be
der Bildhauerberuf als Kulturfaktor nicht unt
alle berechtigten Klagen Beachtung finden m
führbare zur Erhaltung und Hebung des Ber

Gewerkschaften und Arbeiterk in England.

Die Stärke der englischen Arbeiterbewegung tritt äußerlich vor allem durch die Zahl der in den Trade-Unions, den Gewerkschaften, organisierten Arbeiter in Erscheinung. Während die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1901 rund 353 000 betrug, überschritt sie 1907 zum erstenmal eine Million und erreichte 1920 mit 4 300 000 ihren Gipfelpunkt. 1923 war die Zahl der Mitglieder auf rund 3 120 000 gesunken. Die Schwierigkeiten, mit denen auch die englischen Gewerkschaften zu ringen haben, wachsen ständig. Jetzt, wo die Labour-Party, deren Hauptstütze die Gewerkschaften sind, in jedem Augenblick bereit sein muß, verantwortlich handelnd in die Geschicke des Landes einzugreifen, braucht sie das innige Verständnis der Arbeiter für jede ihrer Handlungen. Das setzt die politische und wirtschaftliche Schulung der Arbeiterschaft in einem viel höheren Grade als früher voraus. Daher halten es die Gewerkschaften auch für eine ihrer vornehmsten Pflichten, die Arbeiterbildungsbewegung sowohl moralisch als auch finanziell zu unterstützen.

Der englischen Arbeiterbewegung stehen zwei Hochschulen zur Verfügung, das Ruskin College in Oxford und das Central Labour College in London. Das Ruskin College wurde 1899 von zwei Amerikanern gegründet. Seit diesem Jahre unterrichtet es ständig 30 bis 50 Arbeiterstudenten, die zum weitaus größten Teil von den Gewerkschaften ausgewählt und unterhalten werden. An das Ruskin College sind für die Ausbildung eines Arbeiterstudenten pro Jahr mindestens 100 Pfund zu zahlen. Einige Gewerkschaften haben sich, da diese Summe die Unkosten des Instituts nicht deckt, entschlossen, ihren Beitrag auf 125 Pfund zu erhöhen. Auch der Staat zahlt seit kurzem geringe Beihilfen. Die zeitweisen Besuch solcher Schulen erhalten (etwa nach der in Deutschland üblichen Art).

Die W. E. A. fordert, daß für freiwillige und nichtdiplomierte Lehrer fortschreitende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Alle Schulen müssen mit einer genügenden Anzahl gut vorgebildeter Lehrer ausgestattet werden. Daher soll geeigneten Knaben und Mädchen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, schon jetzt der Universitätsbesuch ermöglicht werden. Für die Lehrer fordert die W. E. A. angemessene Ferien und berufliche Freiheit. Sie sollen nicht an einen starren Stundenplan und irgendein Lehrbuch gebunden sein.

Der Besuch der Universitäten soll den Armen ebenso wie den Reichen offenstehen. Nur die Befähigung darf über den Eintritt entscheiden. Bis zu der Zeit, wo allen Befähigten der Besuch der Universitäten ermöglicht wird, sollen ausreichende Stipendien für arme Studenten zur Verfügung stehen, und die Methode ihrer Auswahl soll so sein, daß kein Befähigter durch geldliche Not am Studium verhindert wird. Der Lehrerausbildung soll an den Universitäten ganz besondere Beachtung geschenkt werden. Staat und Gemeinde sind verpflichtet, die für den Unterhalt der Universitäten nötigen Mittel aufzubringen.

Neben diesen Bildungsorganisationen wirkt noch die „Workers' Travel Association" (abgekürzt W. T. A.), die „Arbeiter-Reisevereinigung", die durch Ermöglichung von Arbeiterstudienreisen unter anderem auch der internationalen Verständigung dienen möchte.

Die Gesamtzahl der im letzten Jahre an den Veranstaltungen der Bildungorganisationen beteiligten Arbeiter Krieges dem Drängen der Militärbehörde, den Arbeitstag zu verlängern, nicht stattgegeben habe, weil er auf Grund seiner langjährigen Erfahrung wußte, daß Arbeitszeitverlängerung nicht Produktionserhöhung, sondern Produktionsrückgang bedeutet.

Der jährliche Urlaub übt auch einen großen Einfluß auf die Arbeitslust aus, die wiederum eine Vorbedingung für einen hohen Ertrag der Arbeit ist. Die menschliche Arbeitskraft, physisch wie geistig, ist das höchste Gut, über das wir verfügen. Darum bedeutet auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus Schutz der Arbeitskraft einen wirtschaftlichen Gewinn. Die Freizeit ist eben nicht unproduktiv, sondern produktiv.

Interessant ist in diesem Zusammenhange die Erklärung eines Unternehmervertreters, der die Durchführung der aufgestellten Forderungen sowohl betriebstechnisch als auch finanziell als durchaus tragbar bezeichnete. Ein Vertreter der preußischen Regierung sah die Zeit für eine gesetzliche Regelung dieser Fragen als noch nicht reif an. Er verwies auf den Tarifvertrag und das kommende Berufsausbildungsgesetz. Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsarbeitsministeriums waren trotz dringlicher Einladung nicht erschienen. Solange Herr Schiele Innenminister ist und Herr Brauns die Geschäfte der Unternehmer besorgt, dürfen auch die Jugendverbände nicht damit rechnen, daß sie bei der Reichsregierung Verständnis für ihre Wünsche finden werden.

Von großem Interesse waren noch die Ausführungen von Vertretern der Jugendverbände, der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen und der freien Wohlfahrtspflege über die Mithilfe an einer förderlichen Verwendung der Freizeit

gehende Verkürzung der Arbeitszeit. Der Arbeiter wird Zeit und Gelegenheit finden, seine Mußestunden mit einer geist- und kulturfördernden Tätigkeit auszufüllen; die eintönige Arbeit wird er dann nicht mehr als drückend empfinden. Überdies kann dem Arbeiter die heutige Herstellung von Küchen- und Schlafzimmermöbeln in gezwungenermaßen schlechter Ausführung und schlechtem Material keine Genugtuung und Freude bereiten, so daß er die Teilarbeit, bei der ihm Technik und Maschine wertvolle Dienste leisten, vorziehen wird.

Soll nun der Arbeiter, sollen alle diejenigen, die genormte Möbel in ihre Wohnung stellen, darauf verzichten, ihrer Wohnung einen individuellen Charakter zu geben? Das ist nicht der Fall. Es wurde schon betont, daß vorläufig nur an Möbel gedacht ist, für die reine Zweckformen maßgeblich sind. Aber auch diese Formen können unterschiedlich sein und sich den jeweiligen Bedürfnissen anpassen. Es kommt immer darauf an, die Verteilung der genormten Einzelteile (Schiebladen, Türen und offene Gefache) an Möbeln so vorzunehmen, daß gefällige Formen entstehen. Doch sollte man sich bei der Schaffung von Normblättern einige Beschränkungen auferlegen. Da es sich bei diesen Möbeln in der Hauptsache um deckende Anstriche handeln wird, besteht die Möglichkeit, durch farbige Behandlung dem persönlichen Geschmack des einzelnen Rechnung zu tragen. Die Verbilligung der Möbel gestattet dem einzelnen, für die sonstige Ausstattung seiner Wohnung etwas mehr aufzuwenden, als es ihm bisher möglich war. Er kann ein besonderes Möbel, für das er Verwendung und Vorliebe zeigt, sich einzeln anfertigen lassen. Die handwerksmäßige Tischlerei bekommt hierdurch Aufträge, die wahrscheinlich sehr viel befruchtender wirken als die Herstellung schlecht ausgeführter Küchen- und Schlafzimmermöbel. Eine neue Art von Produktionsgrundsätzen wird Platz greifen und die Produktion selbst auf eine höhere ethische Stufe bringen. Der sogenannte handwerkliche Geist und die Freude an dem, was der einzelne für die Gesellschaft leistet, wird dann erst vollkommen werden. Es wird also gerade das Gegenteil von dem eintreten, was die Gegner der Typenmöbel und Möbelnormung befürchten.

Schließlich sei noch erwähnt, daß alle diese Dinge nicht von dem Wollen oder Nichtwollen des einzelnen abhängen, sondern zwangsläufig sich vollziehen werden. Alle, die wünschen, daß sich diese Dinge in geordneter und erträglicher Weise entwickeln und auswirken, sollten sich ernsthaft mit den hier aufgeworfenen Fragen beschäftigen. Daß sie nicht von heute auf morgen gelöst und durchgeführt werden können, steht außer Zweifel. Daß die Arbeiter keine Ursache haben, sich gegen die hier dargestellten Grundsätze rationeller und wirtschaftlicher Produktion zu wenden, dürfte aus den Ausführungen über den wirtschaftlichen und kulturellen Erfolg einer verbesserten Produktion hervorgehen. Es kommt darauf an, ob an anderen Stellen die Einsicht und der Wille vorhanden sind, sich nicht nur immer im Kreise zu drehen, sondern auf bestimmte Ziele loszusteuern. Für die Möbeltischlerei ist es kein Zeichen fortschrittlichen Geistes, daß man für die einfachsten Dinge noch keine Einheiten geschaffen hat, trotzdem die moderne Technik und der technische Geist hierauf geradezu hindrängen.

—ner.

Wirtschaftsgestaltung und Weltwirtschaft.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Immer noch wird über Kreditmangel und hohe Zinsen geklagt. Begleitet sind diese Klagen meist von der Behauptung, die hohen sozialen Lasten verhinderten mit den Wettbewerb. Es ist wahr: Am Kredit fehlt es da und dort, und die Zinsen sind sehr hoch. Das hemmt und hindert die Güterherstellung. Aber nicht alle, die nach Kredit rufen, verdienen ihn. Manchen Unternehmern ist doch nicht zu helfen, ein vorübergehender Kredit mag ihnen augenblickliche Erleichterung bringen, aber auf die Dauer reicht er nicht aus, und so müssen diese Betriebe sich an größere, leistungsfähigere anlehnen, oder das Lebenslicht geht ihnen aus. — Im großen ganzen soll Kredit zur Verbesserung der Betriebe, zur größeren Leistungsfähigkeit gegeben werden, nicht aber zur Bezahlung der Betriebsschulden. Kredit für den Verbrauch ist gefährlich. Das dafür gegebene Kapital ist oft verloren. Allerdings: Der Staat greift mit verhältnismäßig hohen Steuern derb ins Wirtschaftsleben ein. Gewiß tut er dies nicht zu seinem Vergnügen, aber es ist doch sehr ärgerlich, sehr geschröpft zu werden vom Staat und dann denselben Staat um Hilfe bitten zu müssen. Der Staat leiht für kürzere Zeit wieder einen Teil des Geldes aus, das er an Steuern hereingeholt hat (die Zinsen dafür sind vor einiger Zeit etwas herabgesetzt worden, aber sie sind immer noch sehr hoch), und so haben wir das Seltsame, daß der Staat zunächst selber zur Kreditnot beiträgt, sie aber später wieder zu lindern sucht. Sehr wirtschaftlich ist das gerade nicht. Wenn aber einstweilen kein anderer Weg zur Gesundung der Staatsfinanzen führen sollte, so müssen wir uns damit abfinden. Die Steuern sollen aber gerecht sein, der Staat soll nicht mehr aus der Wirtschaft herauspumpen, als er jeweils unbedingt braucht.

Sind diese Klagen also teilweise berechtigt, so verhält es sich anders mit den sozialen Lasten. Lasten sind das keineswegs, auch keine Opfer, sondern werbende Anlagen für die Zukunft. Mögen die Ausgaben für soziale Einrichtungen auch von vielen Unternehmern als hart empfunden werden, ein Rückwärts kann es hier nicht geben. Im Gegenteil, sobald es nur möglich ist, müssen diese Einrichtungen wirkungsvoller gemacht werden. Die Gelder dafür müssen eben durch Verbesserungen in der Güterherstellung, im Handel und Verkehr herausgewirtschaftet werden.

Schwer lastet der Versailler Vertrag jetzt ohne Zweifel auf der deutschen Wirtschaft. Aber es hat doch den Anschein, daß die Wirtschaftsvernunft nach und nach durchbricht. Rufus Dawes, der Bruder des Vizepräsidenten Dawes, sagte neulich: Die Union ist der große Geldgeber (der Vordersatz lautete: Deutschland ist letzten Endes der große internationale Schuldner). „Wir haben uns in Erkenntnis dieser Tatsache damit abgefunden, daß wir die Gefahren der Eintreibung auf uns nehmen wollen, selbst auf die Gefahr hin, daß deutsche Waren unsere eigenen im Inlande und im Auslande vom Markte treiben." Mit diesen Worten ist der große Widersinn der starken Belastung Deutschlands durch den Friedensvertrag angedeutet. Deutschland muß einen sehr großen Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr schaffen. Die Länder aber, an die Deutschland zahlen soll, sperren sich durch hohe Zölle ab, ganz abgesehen davon, daß z. B. die Vereinigten Staaten in der Massenherstellung von Stapelwaren eine große technische Überlegenheit haben. Die große Frage ist danach: Wie schafft Deutschland diese Überlegenheit, und wie schafft es diese möglichst bald. Ohne verbesserte Maschinen- und Werkseinrichtungen geht es nicht, Rohstoffe sind ebenfalls nötig. Das wissen die führenden amerikanischen Wirtschaftspolitiker. Sie denken sich die Sache nun so: Was Deutschland an Reparationen zahlt und auf Umwegen (über Frankreich, England, Italien, Belgien) an Amerika gelangt, soll an Deutschland wieder ausgeliehen werden, um damit seine Leistungsfähigkeit zu stärken. (Nicht zu übersehen: Amerika will das Geld. Es wäre weltwirtschaftlich vielleicht klüger, es verzichtete auf einen großen Teil. Denn wozu die Hin- und Herschieberei, der damit verbundene Aufwand, die Verstimmungen und Anklagen der Industriellen der empfangenden Länder, die sich über den Wettbewerb beschweren. Amerika will aber trotzdem das Geld. Es nimmt, wie es scheint, die Mühen des Einzugs und der Wiederausgleichung auf sich, um Größeres dafür einzuheimsen: Es will die Geldgewalt der Welt an sich reißen, soweit es sie noch nicht hat. Um dieses Preises willen kämpft es um die Rückzahlung seiner während des Krieges ausgeliehenen Gelder. Erst wenn wir uns dieses Ziel klarmachen, verstehen wir die Haltung Amerikas in diesen Fragen.) Rufus Dawes erklärte weiter: „Wir können im Jahre etwa 625 Millionen Dollar ausleihen, was etwa gleich dem ist, was unter Berücksichtigung günstiger Umstände an internationalen Rückzahlungen an uns geleistet werden kann." Daß sich in Amerika viele gegen diese Auffassung auflehnen, ist zu verstehen. Sie fragen, was sollen wir einführen, etwa Nahrungsmittel und Rohstoffe, wie England? Dieser Streit wird wohl einstweilen weiter-

gehen, die Oberhand scheinen aber die zu behalten, zu denen sich die Dawes zählen, und Deutschland wird sich wohl oder übel danach einrichten müssen. (Das soll durchaus nicht heißen, daß wir nicht bestrebt sein sollen, unser Geschick nach unserem eigenen Bedarf zu gestalten. Aber bei dem Streben nach möglichst vorteilhafter Gestaltung der Zukunft müssen wir wissen, woher eigentlich der Wind weht, müssen buchstäblich diesen Wind auffangen, ihn zu Kraft umformen, das Höchste damit zu leisten suchen.)

Manche unter uns sagen bei jeder Gelegenheit: „Wir." Damit meinen sie, daß wir trotz und trotz alledem voran sind. Das ist aber eine grobe Täuschung. „Wir" sind nicht voran, aber wir können voran kommen, wenn wir wollen. Andere lassen die Köpfe hängen. Sie sagen: Unsere „Generation" erlebt den Aufschwung nicht mehr. Das wäre in der Tat zum „Kopfhängen". So schlecht, wie die Dinge oft hingestellt werden, sind sie wirklich nicht. Einige Gewerbe haben verhältnismäßig gut zu tun. Allerdings bei der Kohle hapert es. Aber selbst die Bergwerkszeitung schreibt, daß sie nicht der alleinige Maßstab für die Beurteilung der Wirtschaft sei. Hören wir auf die, die es gut mit uns meinen, und die etwas vom Wirtschaften und Vorwärtskommen verstehen. Dazu ist wohl der Amerikaner Edward A. Filehne zu rechnen, der vom Weg ins Freie sprach und empfahl, durch Massenkonsum zur Massenproduktion zu gelangen. Bezeichnenderweise lautet der erste Satz eines Aufsatzes von ihm: „Wenn man Deutschland Zeit läßt, so wird es wieder eine der blühendsten Nationen werden." Nach seiner Meinung wird es jedoch noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben (in der nächsten Zukunft). Um die drohenden Schwierigkeiten (Zollschranken, Preisunterbietung, Verlängerung der Arbeitszeit) zu verhindern, schlägt er vor: Rationell umgestellte deutsche Herstellung und Massenabsatz. Er möchte also die Sache von innen heraus angepackt wissen. Das wäre, zuerst die Betriebe zu verbessern und sie leistungsfähiger zu machen, so nach der Art von Ford. Lebensnotwendige Güter, Gegenstände des täglichen Gebrauchs empfiehlt er uns in Massen herzustellen. Dafür müssen aber Verbraucher da sein. Sie müßten ebenso wie Massenwaren geschaffen werden. Dies sei möglich durch die größtmögliche Leistungsfähigkeit der Betriebe (die eine Verbilligung bedingt) und durch hohe Löhne. Die Größe des Absatzes hänge vom Preise ab. „Eine Herabsetzung der Preise, so daß sie im Bereich des Einkommens von Verbrauchern liegen, hat eine Massennachfrage zur Folge. Wenn man die Preise in Deutschland um die Hälfte herabsetzen könnte, würde sich die Nachfrage nicht nur verdoppeln, sondern auf weit mehr als das Doppelte steigen. Das Geld, das zunächst dafür nötig sei, gäbe es in Amerika (Rufus Dawes' 625 Millionen besagen dies auch), um Deutschlands Bedarf zu decken. Vorausgesetzt, daß die Unternehmungen auch Rente bringen, und daß die Rückzahlung und die Zinsen gesichert sind."

Auf den Einwand, daß eine solche Massenherstellung und ein solcher Massenabsatz den kleinen Unternehmer zugrunde richten, antwortet Filehne: „Dies ist nur dann unvermeidlich, wenn der kleine Unternehmer nicht versteht, aus den grundlegenden Vorteilen der Massenproduktion Nutzen zu ziehen." Er glaubt, daß sie mitkommen können, wenn sie sich zu einer gemeinnützigen Wirtschaftsgruppe zusammentun, gemeinschaftlich Artikel herstellen und vertreiben, ohne daß der einzelne dabei sein Besitzrecht an seinem Eigentum aufgibt. Jedes Mitglied dieser Gesellschaft müsse einen Teil eines Artikels oder einer Maschine herstellen; so könnten sie erfolgreich Massenwaren herstellen und die Vorteile dieser Art der Herstellung genießen. Er habe auch feststellen können, daß die Massenherstellung die Arbeiter nicht verdumme. Sie mache frei, wie auch andere Sachverständige einstimmig aussagten. Filehne widerspricht auch der Behauptung, daß durch die Massenherstellung die Schönheit leide. Indem sie unnötige Verzierereien vermeide, schaffe sie freie Zeit, bessere Erziehungsmöglichkeiten und mehr Muße für die Kunst. Im gesamten könne Besseres erarbeitet und gesucht werden. „Dies kann erreicht werden durch wirtschaftliche Gerechtigkeit, durch Erfindungen zur Verbesserung von Produktion und Absatz, durch bessere Schulung von Arbeitern und Führern."

Eine lehrreiche Statistik gab das englische Handelsamt heraus. (Die Geldwerte sind nach dem Geldwert von 1913 berechnet.) Danach führte England im Jahre 1913 für 523,8 Millionen Pfd. Sterling Waren aus, im Jahre 1923 aber nur für 404,4 (gleich 77 Prozent der Ausfuhr von 1913). Deutschland führte 1913 für 10 096 Millionen Mark aus, 1923 aber nur für 5335 (gleich 52,9 Prozent der Ausfuhr von 1913). Frankreich steht besser da: Es führte 1913 für 6880,2 Millionen Franken aus, 1923 dagegen für 7299,3 (gleich 106,1 Prozent von 1913). Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten 1913 eine Ausfuhr von 2448,6 und 1923 eine solche von 2924,3 Millionen Dollar (gleich 119,4 Prozent von 1913). Belgiens Ausfuhr hat um fast 27 Prozent abgenommen.

Deutschlands Ausfuhrkraft hat stark abgenommen, der Rückgang ist also verständlich, er ist allerdings auch noch groß, wenn die Einbuße an Land und Leuten berücksichtigt wird. Bedenklicher ist der englische Rückgang. England hat doch sozusagen gewonnen und hat doch 83 Prozent seiner Ausfuhr eingebüßt. Die amerikanische Ausfuhr hat stark zugenommen, doch nicht so, wie da und dort angenommen wird. Europa hat im ganzen abgenommen, die französische Zunahme ist bemerkenswert, aber im gesamten zu gering, als daß sie einen Ausgleich schaffen könnte. Beim Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist an den Übergang der elsässischen Eisen- und Kaliwerke an Frankreich zu erinnern; das allein brachte schon ein gewisses Übergewicht mit.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wird viel auf Abzahlung verkauft. (Auch Ford verdankt dieser Zahlart zum Teil seine Erfolge.) Die Waren werden dadurch etwa um ein Fünftel teurer. Um diese Verkaufsart möglich zu machen, haben sich die Geschäfte besondere Auskunfteien geschaffen. Deutsche Abzahlungsgeschäfte wollen die amerikanischen näher kennenlernen.

Zur Berufswahl noch einige Worte. In Deutschland gibt es etwa 1½ Millionen handwerkliche Betriebe, die etwa 8 Millionen Menschen erhalten. Den Abiturienten, die nicht recht unterkommen können, wird geraten, Großhandwerker zu werden. Sie sollen sich von dem Vorurteil frei machen, daß der Kaufmann etwas Besseres, und daß die Handarbeit schmutzig sei. Berufsberater fordern, daß handwerkliches Können mehr beachtet und geachtet werden solle. Stimmen wir dem zu: Nicht der Bureauschemel soll unser Ideal sein, sondern der Lebens- und Berufserfolg!

Fbd.

Betriebsräte im Ausland.

x In Luxemburg wurden, wie wir der September-Nummer 1925 der „Internationalen Rundschau der Arbeit" entnehmen, zum ersten Male durch einen Erlaß vom 8. Oktober 1920 gesetzliche Betriebsräte eingeführt in allen Industrieunternehmungen, die regelmäßig 15 Arbeiter beschäftigen. Als aber kurze Zeit darauf die extreme Richtung unter den Arbeitern bestrebt war, nach italienischem Vorbild die Fabriken in die Hand der Arbeiter zu bringen, wurden die Betriebsräte wieder durch einen Erlaß vom 1. März 1921 abgeschafft.

Durch einen neuerlichen Erlaß vom 8. Mai 1925 sind in Luxemburg wieder die Betriebsräte eingesetzt worden, und zwar sind sie innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Erlasses in allen gewerblichen Unternehmungen zu errichten, die regelmäßig mindestens 20 Arbeiter beschäftigen. Die Zahl der Betriebsräte beträgt je nach der Größe der Unternehmung 1 bis 15 Personen. Für jedes Mitglied muß ein Stellvertreter gewählt werden. Es ist zulässig, für Betriebsabteilungen mit mindestens 50 Beschäftigten Abteilungsräte zu errichten, ebenso kann für Unternehmungen, die aus mehreren, räumlich getrennten Betriebszweigen bestehen, ein Zentralbetriebsrat errichtet werden.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter über 18 Jahre ohne Rücksicht auf Nationalität und Geschlecht, soweit sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind und mindestens sechs Monate ununterbrochen beschäftigt gewesen sind. Bei Ausländern wird eine zwölfmonatige Beschäftigung verlangt.

dem Verbandsleben.

ntmachungen des Vorstandes.

scheinen dieser Zeitungsnummern chenbeitrag für die Woche vom ober fällig geworden.

an der Heimvolkshochschule in Tinz, eginnt und fünf Monate dauert, ist ein Frauen- uswahl der Kursusteilnehmerinnen erfolgt auf andsvorstände durch den Bildungsausschuß des n Gewerkschaftsbundes.

der unseres Verbandes, die sich zur Teilnahme an n wollen, haben bis spätestens den 15. November an den Verbandsvorstand einzureichen, und zwar Ortsverwaltung, die ein Gutachten beizufügen hat. en Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, stätigkeit und bisherige Wirksamkeit im Verband ewegung überhaupt enthalten. Von den geeigneten en in erster Linie Unverheiratete berücksichtigt.

16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

nferenz für Rheinland und Westfalen.

dem 18. Oktober, fand in Dortmund eine Jugendleiter unseres Verbandes für das tatt. Vertreten waren die Orte: Bielefeld, nd, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Gelsenagen, Hamm, Mülheim, Ohligs, Recklingen, Soest, Solingen und Witten. Im ganzen 16 Orten. Kollege Timm referierte über luf- und Ausbau der Jugendabteilungen es." In der Aussprache wurden die großen besprochen, die im Industriegebiet unserer sind. Es soll versucht werden, durch geeise Erfolge zu erringen. Kollege Meyer rte für den Gauvorstand die Bereitwilligeise die Jugendarbeit zu stützen und zu ussprache hat bestimmt dazu beigetragen, ewegung weitere Entwicklungsmöglichkeiten.

R. T.

Korrespondenzen.

Baden. Am 30. September starb unser delleur Franz Bernt. In ihm verliert die rsektion ein treues Mitglied. Bernt, der on 56 Jahren erreichte, war ein geborener ganisation gehörte er seit 1907 an, zunächst Verband, als dieser sich mit dem Deutschen band verschmolz, trat er mit über, und auch jederzeit seinen Mann gestanden. Bernt ach eine künstlerisch hochbegabte Persönlichkeiten fanden nicht nur bei seinen Kollegen, den Unternehmern volle Anerkennung. Die ihm ein treues Andenken bewahren.

Unsere Lohnbewegung.

irkung der Meißingerschen Aktennotiz.

März 1925 zwischen der Verwaltungsstelle Verbandes und den Vereinigten Verbänden lzindustrie abgeschlossene Manteltarif- das Berliner Holzgewerbe ist 13. Oktober datierte Verfügung der Reichsng für allgemeinverbindlich erund zwar mit Wirkung vom 1. September en dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit, l gestellt wurde, und der Entscheidung der waltung lag ein Zeitraum von mehr als ahr. Daraus kann man schließen, daß der lle die Entscheidung außerordentlich schwer ist es auch in der Tat.

estehen im Unternehmerlager zwei Organich bitter befehden. Von den Vereinigten nter der Leitung des Obermeisters Paeth er die Unternehmer des gesamten Berliner n sich vereinigten, hat sich ein wichtiges Vereinigung der Berliner Holzindustriellen, abgesplittert. Die Freie Vereinigung umll größerer Möbelbetriebe. Sie wird vom tlein geleitet und ist jetzt dem Arbeitr deutschen Holzindustrie und des Holzhlossen. Bei dem Verhältnis zwischen den hmergruppen ist ein gemeinsames Verbeck des Abschlusses eines einheitlichen Vertrages unmöglich. Deshalb wurde im Frühjahr zunächst mit den Vereinigten Verbänden als der Gruppe verhandelt, die die größte Zahl der Holzarbeiter beschäftigt. In dem am 24. März abgeschlossenen Vertrag, der sich im übrigen an das Muster anlehnt, das auch für die sonstigen Landestarifverträge im Holzgewerbe gilt, ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden festgelegt. Das ist die Arbeitszeit, die seit dem Jahre 1919 in Berlin gilt, und die sich unsere Berliner Kollegen seither niemals nehmen ließen. Diese Vertragsbestimmung hat Herrn Paeth die schärfsten Angriffe des Arbeitgeberverbandes eingetragen. Ihm wurde Verrat an den heiligsten Interessen des gesamten Unternehmertums vorgeworfen, und man kargte nicht mit sonstigen Liebenswürdigkeiten. Dabei wußten die Ankläger sehr gut, daß jede Sympathie mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft Herrn Paeth durchaus fern liegt. Sehr gegen den eigenen Willen hat er sich genötigt gesehen, den Berliner Kollegen dieses Zugeständnis zu machen.

Für die Freie Vereinigung lag zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Paeth ein bis zum 30. April befristeter Schiedsspruch vor. Die dann mit ihr aufgenommenen Verhandlungen führten am 15. Mai zum Abschluß eines Tarifabkommens. Den Schluß dieses Abkommens bildet eine Erklärung, in der sich die Parteien bereit erklären, in den ersten Tagen des Juni zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zusammenzutreten. „Bis dahin verbleibt es bei der bisherigen 46stündigen Arbeitszeit." Zum Abschluß eines Tarifvertrages, der nur mit dem der Vereinigten Verbände hätte gleichlautend sein können, ist es aber nicht gekommen. Herr Haertlein teilte unserer Ortsverwaltung am 26. Juni mit, daß die

ernstlich durchführen will, muß es zunächst einmal dafür sorgen, daß für alle Heimarbeiterbezirke Fachausschüsse errichtet werden. Im Freistaat Sachsen bestehen heute ganze sechs Fachausschüsse, und zwar je einer für die Kleider-, Handschuh-, Wäsche- und Spitzen-, Posamenten- und Kunstblumenindustrie, ferner einer für kunstgewerbliche und weibliche Handarbeiten. Für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie sind noch keine Fachausschüsse errichtet. Solange das nicht der Fall ist, stehen auch die wenigen Rechte, die das Hausarbeitgesetz den Heimarbeitern gibt, für diese nur auf dem Papier. Wenn das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium das nicht will, dann muß es mit größter Beschleunigung an die Errichtung von Fachausschüssen für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie gehen.

Ein anderer Erlaß des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums beschäftigt sich mit der gewerblichen Kinderarbeit. Die Gewerbeaufsichtsämter werden angewiesen, „bei der Beaufsichtigung gewerblicher Kinderarbeit zu prüfen, ob die Unterhaltspflichtigen Hausarbeiter sind, und ob ihnen im Sinne des § 20 des Hausarbeitgesetzes zulängliche Entgelte gewährt werden. Derart gewonnene Feststellungen werden zunächst in sehr vielen Fällen den vorhandenen Fachausschüssen mitzuteilen sein oder Veranlassung geben, die Frage der Errichtung weiterer Fachausschüsse zu prüfen, um die Festsetzung zulänglicher Entgelte herbeizuführen. Soweit eine Entlohnung der Unterhaltspflichtigen erreicht wurde, die als „zulängliches Entgelt" anzusehen ist, wird der Durchführung des Kinderschutzgesetzes mehr Nachdruck zu verleihen sein als bisher".

die Zunahme im Jahre 1923 28 Prozent, im Jahre 1924 38 Prozent und im Jahre 1925, nach der Aufnahme am 1. Juli, 45 Prozent. Im ganzen gab es am 1. Juli 417 536 Kraftwagen in Deutschland, wobei die steuerfreien Kleinkrafträder nicht gezählt sind. Gegenüber dem Jahre 1924 ist gestiegen die Zahl der Großkrafträder von 97 965 auf 161 508, die der Personenkraftwagen von 132 179 auf 175 665, die der Lastkraftwagen von 60 629 auf 80 363. Im Jahre 1925 entfiel auf je 147 Einwohner ein Kraftfahrzeug. Am zahlreichsten waren die Kraftfahrzeuge in Hamburg, wo auf 106 Einwohner eins entfällt, dann folgt Berlin mit 109, das Rheinland mit 117, der Freistaat Sachsen mit 118 Einwohner auf ein Kraftfahrzeug. Dagegen kommt in Oberschlesien erst auf 403 Personen ein Kraftfahrzeug.

Trotz der starken Zunahme der Kraftfahrzeuge bleibt Deutschland in der Zahl seiner Automobile hinter anderen Ländern weit zurück. Wenn man die Krafträder außer Betracht läßt, also nur Personen- und Lastkraftwagen zählt, dann entfielen in Deutschland auf einen Wagen im Jahre 1924 321, im Jahre 1925 dagegen 244 Einwohner. Die stärkste Verbreitung hat das Automobil in den Vereinigten Staaten, wo schon auf 6 Einwohner ein Kraftwagen entfällt. In Kanada kommen 14, in Neuseeland 18, in Australien 27, in Großbritannien 60, in Frankreich 71, in Argentinien 75, in Schweden 95, in Belgien 121, in Britisch Südafrika 181 Einwohner auf ein Automobil. In Europa ist das Automobil nur in Spanien mit 314 und in Italien mit 450 Einwohnern auf einen Kraftwagen schwächer verbreitet als in Deutschland. Für die gesamte Welt wird der Bestand an Kraftwagen im Jahre 1925 auf 21 400 000 angegeben.

Wenn die Zahl der Kleinmeister in e
Berufskreise in drei Jahren um ein Viert
wenn die Zahl der beschäftigten Gehilfen
geht und zurzeit knapp die Hälfte voll besch
die Lehrlingszahl seit 1921 um ein volles I
ist, und wenn schließlich dann auch noch ei
Heimarbeitern das Feld abgrast — dann ist
Zeit, daß energische Maßnahmen getroffen
dazu soll die Leipziger Konferenz beitragen.

Die eingegangenen Anträge spiegeln di
Berufes wieder. Wenn auch mancher Antra
hinausschießt, so sind andere Anträge sehr
und werden zur Annahme gelangen. Au
kommission wird auf der Konferenz dazu St
und es werden vielleicht noch neue Gesich
zutage treten, die zu empfehlenden Maßne
dichten.

Wenn wir ein Zusammengehen mit d
Meisterbund in bestimmten Berufsfragen l
wegen der gänzlich veränderten Verhältnisse
Vorkriegszeit. Keinesfalls durfte die Ei
Meisterbundes unbeachtet gelassen werden.
nicht um eine bindende Arbeitsgemeinschaft,
behandelnden Fragen, wie reinliche Sche
Meister und Heimarbeiter, möglichst gleichmä
des Kostgeldes für Lehrlinge, Bekämpfung d
Einstellung von Lehrlingen, Beseitigung de
und der Schundkonkurrenz, Beschaffung von
keiten durch Eingaben an maßgebende Be
diese Fragen sollen gemeinsam von Fall z
werden.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht
die älteren Kollegen mit eigenem Haushalt,
jüngeren werden hart davon betroffen, we
losigkeit in dem Ausmaß wie jetzt noch nich
haben. Die Ausgelernten werden auf die
entweder weil Arbeit nicht vorhanden ist,
minderwertiger Arbeit ein neuer Lehrling d
sehr bald wieder ersetzen muß. Wie dem zu
muß in Leipzig eingehend behandelt werde

Der Zusammenhalt aller Branchengruppen
war in unserem Verbande nicht aufrechtzu
Steinbildhauer traten inzwischen zum Steinar
über, und auf der Leipziger Tagung soll üb
der Modelleure und Gipsbildhauer entschiel
sie sich nicht doch besser geschlossen dem Be
dem früheren Bauarbeiter-Verband, anschlie
gehört diesem Verbande schon an, ein Teil ist
Verbande. Eine solche Zersplitterung dient
essen dieser kleinen Branchengruppe. A
kleinste Gruppe, die Alabasterbildhauer, w
werden müssen. Für die größte Bildhauerg
Holzbildhauer, sollten Zweifel nicht mehr
Interessen in unserem Verbande vollauf ge
Beklagt wird, daß die Sonderforderungen de
Arbeitsverhältnis nicht in allen Verwaltun
Beachtung gefunden haben. Nach vorliege
wird sich auch die Konferenz in Leipzig, wie
damit befassen. Die Eigenart des Bildhauerb
kannt werden, um die Sonderforderungen
verstehen und warm vertreten zu können.

Es muß aber auch von unseren Kollegen ve
daß sie selbst die nötige Initiative aufbringen
Verbande stehen. Den Orten, wo die Kolleg
Verbande angehören, stehen andere gegenübe
der Unorganisierten unliebsam in die Erschein
hat die Konferenz Werbearbeit zu leisten.
Meisterbund hat auf seiner diesjährigen Tagu
i. W. den Namen Pflichtorganisation statt
in seiner Beschlußfassung gewählt. Und so soll
Kollegen es für ihre Pflicht halten, ihrer
organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-V
gehören, da uns ein Zwangsmittel nicht z

Die Leipziger Konferenz wird umfangre
leisten haben. Hoffen wir, daß sie nicht nutz
wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben,
drückenden Nöte behoben werden, so wird sie
sein an alle maßgebenden Instanzen, dazu be
der Bildhauerberuf als Kulturfaktor nicht unt
alle berechtigten Klagen Beachtung finden u
führbare zur Erhaltung und Hebung des Ber

Gewerkschaften und Arbeiterb in England.

Die Stärke der englischen Arbeiterbewegung tritt äußerlich vor allem durch die Zahl der in den Trade-Unions, den Gewerkschaften, organisierten Arbeiter in Erscheinung. Während die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1901 rund 353 000 betrug, überschritt sie 1907 zum erstenmal eine Million und erreichte 1920 mit 4 300 000 ihren Gipfelpunkt. 1923 war die Zahl der Mitglieder auf rund 3 120 000 gesunken. Die Schwierigkeiten, mit denen auch die englischen Gewerkschaften zu ringen haben, wachsen ständig. Jetzt, wo die Labour-Party, deren Hauptstütze die Gewerkschaften sind, in jedem Augenblick bereit sein muß, verantwortlich handelnd in die Geschicke des Landes einzugreifen, braucht sie das innige Verständnis der Arbeiter für jede ihrer Handlungen. Das setzt die politische und wirtschaftliche Schulung der Arbeiterschaft in einem viel höheren Grade als früher voraus. Daher halten es die Gewerkschaften auch für eine ihrer vornehmsten Pflichten, die Arbeiterbildungsbewegung sowohl moralisch als auch finanziell zu unterstützen.

Der englischen Arbeiterbewegung stehen zwei Hochschulen zur Verfügung, das Ruskin College in Oxford und das Central Labour College in London. Das Ruskin College wurde 1899 von zwei Amerikanern gegründet. Seit diesem Jahre unterrichtet es ständig 30 bis 50 Arbeiterstudenten, die zum weitaus größten Teil von den Gewerkschaften ausgewählt und unterhalten werden. An das Ruskin College sind für die Ausbildung eines Arbeiterstudenten pro Jahr mindestens 100 Pfund zu zahlen. Einige Gewerkschaften haben sich, da diese Summe die Unkosten des Instituts nicht deckt, entschlossen, ihren Beitrag auf 125 Pfund zu erhöhen. Auch der Staat zahlt seit kurzem geringe Beihilfen. Die zeitweisen Besuch solcher Schulen erhalten (etwa nach der in Deutschland üblichen Art).

Die W. E. A. fordert, daß für freiwillige und nichtdiplomierte Lehrer fortschreitende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Alle Schulen müssen mit einer genügenden Anzahl gut vorgebildeter Lehrer ausgestattet werden. Daher soll geeigneten Knaben und Mädchen, die den Lehrerberuf ergreifen wollen, schon jetzt der Universitätsbesuch ermöglicht werden. Für die Lehrer fordert die W. E. A. angemessene Ferien und berufliche Freiheit. Sie sollen nicht an einen starren Stundenplan und irgendein Lehrbuch gebunden sein.

Der Besuch der Universitäten soll den Armen ebenso wie den Reichen offenstehen. Nur die Befähigung darf über den Eintritt entscheiden. Bis zu der Zeit, wo allen Befähigten der Besuch der Universitäten ermöglicht wird, sollen ausreichende Stipendien für arme Studenten zur Verfügung stehen, und die Methode ihrer Auswahl soll so sein, daß kein Befähigter durch geldliche Not am Studium verhindert wird. Der Lehrerausbildung soll an den Universitäten ganz besondere Beachtung geschenkt werden. Staat und Gemeinde sind verpflichtet, die für den Unterhalt der Universitäten nötigen Mittel aufzubringen.

Neben diesen Bildungsorganisationen wirkt noch die „Workers' Travel Association" (abgekürzt W. T. A.), die „Arbeiter-Reisevereinigung", die durch Ermöglichung von Arbeiterstudienreisen unter anderem auch der internationalen Verständigung dienen möchte.

Die Gesamtzahl der im letzten Jahre an den Veranstaltungen der Bildungorganisationen beteiligten Arbeiter

Wählbar sind Personen unter den gleichen Voraussetzungen, doch müssen diese mindestens 25 Jahre alt sein und zwölf Monate ununterbrochen im Unternehmen und mindestens drei aufeinanderfolgende Jahre im betreffenden Gewerbezweig beschäftigt gewesen sein. Die Amtsdauer der Räte beträgt zwei Jahre.

Zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört, für ein gutes Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter zu sorgen. Der Betriebsrat hat mit dem Unternehmer alle Fragen zu verhandeln und zu beraten, die sich auf das materielle und geistige Wohl der Arbeiter, insbesondere auf den Arbeitsvertrag beziehen. Bei Entlassungen ohne Kündigungsfrist müssen dem Betriebsrat die Gründe der Entlassung mitgeteilt werden. Bei Umstellungen im Betriebe, die die Entlassung einer größeren Anzahl von Arbeitern notwendig machen, muß der Betriebsrat vorher rechtzeitig unterrichtet werden. Bei dauernden allgemeinen Lohnfestsetzungen, bei der Ausarbeitung von Gesamtabkommen, bei der Aufstellung oder Abänderung der Arbeitsordnung ist der Betriebrat zu hören. Die Betriebsräte haben das Recht, den Gewerbeaufsichtsbeamten oder anderen zuständigen Beamten bei der Verhütung von gewerblichen Krankheiten und Unfällen Beistand zu leisten.

Hinsichtlich der Geschäftsführung wird bestimmt, daß der Hauptrat einmal im Monat während der Arbeitszeit zusammentreten kann, jedoch muß der Verwaltung 24 Stunden vorher Anzeige davon gemacht werden. Die Abteilungsräte dürfen sich während der Arbeitszeit nicht mehr als sechsmal im Jahre versammeln. Weitere Sitzungen müssen außerhalb des Werkes stattfinden. Eine Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Mitglieder es verlangt. Auch der Arbeitgeber ist berechtigt, den Rat einzuberufen. Die Regierung kann zu den Sitzungen des Rates einen Beamten entsenden. Der Arbeitgeber hat dem Rate zu seinen Sitzungen einen geeigneten Raum zur Verfügung zu stellen. Über die Sitzungen mit der Verwaltung muß ein Protokoll in der Fabrik niedergelegt werden.

Etwaige Streitigkeiten, die sich aus der Auslegung der Bestimmungen des Erlasses ergeben, sollen in erster Instanz durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten entschieden werden, nötigenfalls trifft der Generaldirektor für soziale Wohlfahrt und Arbeit eine endgültige Entscheidung.

Zuwiderhandlungen gegen den Erlaß können mit einer Geldstrafe von 51 bis zu 3000 Franken geahndet werden.

Lohnzulagen auf „bestehende" Löhne.

Obwohl es nicht zu den Aufgaben der Betriebsräte gehört, tarifliche Lohnregelungen mit den Unternehmern zu vereinbaren, so ergibt sich doch in der Praxis, daß Betriebsräte, die das Vertrauen der Belegschaft besitzen, sehr häufig bei Differenzfällen mit Fragen über die Auslegung tariflicher Bestimmungen, betreffend Lohnvereinbarungen, in Anspruch genommen werden. Es wird daher der nachstehend geschilderte Fall für die Betriebsräte nicht ohne Interesse sein.

In Chemnitz waren mit einem Unternehmer, in dessen Betrieb für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Landestarifvertrag vom 16. Dezember 1924 Geltung hat, Differenzen über die Auslegung einer tariflichen Bestimmung, betreffend Lohnzulage, entstanden. Es handelt sich um einen Nachtrag vom 29. Juni 1925 zu genanntem Vertrag. In diesem Nachtrag ist vereinbart, daß auf die „bestehenden" Löhne die in bestimmten Ziffern angegebenen Zulagen kommen. Der Unternehmer erkannte zwar diese Vereinbarung an, war jedoch der Meinung, daß als bestehende Löhne doch nur die bisherigen Tariflöhne in der im Vertrag genau festgelegten Höhe gelten können. Er habe aber bereits freiwillig die Einzellöhne so weit über die Tariflöhne hinaus erhöht, daß mit der neu geregelten Tariflohnerhöhung der von ihm gezahlte Einzellohn noch nicht erreicht werde. Infolgedessen könne ihm nicht zugemutet werden, nun auch noch die im Nachtrag festgelegten Zulagen zu den bereits übertariflichen Löhnen zu gewähren.

Die Arbeiter waren anderer Ansicht und wendeten sich an die zur Beilegung solcher Differenzen vertraglich eingesetzte Schlichtungskommission. Nachdem die Schlichtungskommission die Sache untersucht und anerkannt hatte, daß tatsächlich etwa 20 Pfennig pro Stunde über die Tariflöhne hinaus gezahlt worden ist, kam sie trotzdem zu dem Entscheid, daß der Anspruch der beschäftigten Gehilfen entsprechend dem Lohnabkommen des Nachtrages II zu erfüllen ist.

Obwohl nach den Bestimmungen des Landesvertrages für Sachsen die Entscheidung der tariflichen Schlichtungskommission für die Parteien bindend ist, muß doch zur tatsächlichen Geltendmachung eines Anspruchs aus solcher Entscheidung erst eine gerichtliche Vollstreckungsklausel erwirkt werden, sofern eine der Parteien eine solche Entscheidung nicht als der Weisheit letzten Schluß ansieht und die Leistung verweigert.

Im vorliegenden Fall kam es auf Antrag der Arbeiter zur gewerbegerichtlichen Entscheidung.

Im Einverständnis beider Parteien hat der Vorsitzende des Gewerbegerichts Chemnitz (Aktenz. G. — Nr. 1242/1925, Nr. 6) entsprechend § 54, Abs. 4 GGG. ohne Hinzuziehung der Beisitzer wie folgt entschieden:

1. „Der Schiedsspruch der Schlichtungskommission geht den gerichtlichen Entscheidungen vor und ist für die Parteien bindend."
2. „Nach dem Schiedsspruch sind die tariflichen Lohnerhöhungen auf den jeweils gezahlten Einzellohn zu gewähren."

Demnach ist die Beklagte zur Zahlung der von den Klägern geforderten Beträge verurteilt und die Vollstreckbarkeit des Urteils ausgesprochen.

Bei dieser Entscheidung ist für die Praxis aus der eingehenden Begründung ein Hinweis auf den nicht völlig klaren Wortlaut der Lohnvereinbarung besonders beachtenswert. Nach dem Wortlaut der Lohnvereinbarung im Nachtrag II sind die Zulagen auf die „bestehenden Löhne" zu zahlen. Da nun die Schlichtungskommission, deren Mitglieder doch sämtlich „vom Bau" der tariflichen Praxis sind, und die daher auch den tarifvertraglichen Sprachgebrauch besser kennen als ein Fernstehender, den Willen der vertragschließenden Parteien entsprechend §§ 133 und 157 BGB. erforscht und demzufolge zu dem angeführten Ergebnis gekommen ist, so ist in der Urteilsbegründung des Gewerbegerichts betont, daß sich aus dem ganzen Sachverhalt ergebe, die Worte „bestehende Löhne" sollen danach soviel bedeuten wie „tatsächlich gezahlte Löhne". Dieser Feststellung ist die beachtenswerte Mahnung angefügt: „Es kann nicht verkannt werden, daß es besser gewesen wäre, den letzteren Ausdruck zu wählen, um jeden Zweifel auszuschließen." Dieser Hinweis ist nicht nur für die Auslegung tariflicher und sonstiger Vereinbarungen lohn- und arbeitsrechtlicher Art von Bedeutung, sondern er sollte auch von allen Betriebsräten bei Beantwortung der auf diesem Gebiet an sie gerichteten Fragen beachtet werden; es könnte bei Würdigung dieser Methode manche Differenz von vornherein in sachliche Bahnen geleitet werden. Vor allem aber wird es Aufgabe der Unterhändler bei Abschlüssen über Lohn- und Vertragsverhandlungen sein, nach Feststellung des Willens der vertragschließenden Parteien auch eine Formulierung zu finden, die das Gewollte in zweifelsfreiem Wortlaut zum Ausdruck bringt.

Wie wichtig es ist, Vereinbarungen in klarer, unzweideutiger Weise zu formulieren, mag daraus erhellen, daß nicht immer, wie im oben besprochenen Fall, die Schlichtungskommission vor Inanspruchnahme des Gerichts zur Entscheidung angerufen werden kann. Wenn in solchen Fällen der Prozeß nicht von durchaus erfahrenen Vertrags- und Berufskundigen geführt wird, dann wird auch der beste Richter nicht immer zu einer dem wirklichen Willen der Vertragsparteien entsprechenden Entscheidung kommen können. Solche Urteile mögen dann wohl dem Buchstabenrecht Genüge leisten, nicht aber dem frisch pulsierenden Leben mit seiner reichen Mannigfaltigkeit, zum Schaden der allgemeinen Rechtsentwicklung und der Vertragsfortbildung auf arbeitsrechtlichem Gebiet.

H. Schacht.

Verantwortl. Redakteur: W. Schliebener, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, in Berlin SO. 16.

Krieges dem Drängen der Militärbehörde, den Arbeitstag zu verlängern, nicht stattgegeben habe, weil er auf Grund seiner langjährigen Erfahrung wußte, daß Arbeitszeitverlängerung nicht Produktionserhöhung, sondern Produktionsrückgang bedeutet.

Der jährliche Urlaub übt auch einen großen Einfluß auf die Arbeitslust aus, die wiederum eine Vorbedingung für einen hohen Ertrag der Arbeit ist. Die menschliche Arbeitskraft, physisch wie geistig, ist das höchste Gut, über das wir verfügen. Darum bedeutet auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus Schutz der Arbeitskraft einen wirtschaftlichen Gewinn. Die Freizeit ist eben nicht unproduktiv, sondern produktiv.

Interessant ist in diesem Zusammenhange die Erklärung eines Unternehmervertreters, der die Durchführung der aufgestellten Forderungen sowohl betriebstechnisch als auch finanziell als durchaus tragbar bezeichnete. Ein Vertreter der preußischen Regierung sah die Zeit für eine gesetzliche Regelung dieser Fragen als noch nicht reif an. Er verwies auf den Tarifvertrag und das kommende Berufsausbildungsgesetz. Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Reichsarbeitsministeriums waren trotz dringlicher Einladung nicht erschienen. Solange Herr Schiele Innenminister ist und Herr Brauns die Geschäfte der Unternehmer besorgt, dürfen auch die Jugendverbände nicht damit rechnen, daß sie bei der Reichsregierung Verständnis für ihre Wünsche finden werden.

Von großem Interesse waren noch die Ausführungen von Vertretern der Jugendverbände, der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen und der freien Wohlfahrtspflege über die Mithilfe an einer förderlichen Verwendung der Freizeit

Jugendlicher. So sprachen u. a. Dr. Luppe, Oberbürgermeister von Nürnberg, und Direktor Kohn von der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

In einer Entschließung, die einmütige Zustimmung fand, wurden die Forderungen nochmals unterstrichen und der Wille bekundet, alles für die Durchsetzung zu tun. Im Anschluß an die öffentliche Tagung wurde in kleinem Kreise die Marschroute für den weiteren Kampf festgelegt. Diese Tagung bedeutet einen großen Erfolg der Gewerkschaften. Sie werden in erster Linie den Kampf in zäher Kleinarbeit auszufechten haben. Begrüßenswert ist aber das rege Interesse, das diesen Fragen entgegengebracht wurde. Möge der Widerhall dieser Tagung in der großen Öffentlichkeit ebenso stark sein. R. T.

Heimarbeiter und öffentliche Fürsorge.

Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium hat eine Verordnung an die Bezirksfürsorgeverbände erlassen, die sich mit der Not der Heimarbeiter beschäftigt. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium erinnert an die Feststellungen im Landtag und in den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten, „daß ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung, die Hausarbeiter, trotz fleißiger Arbeit vielfach nicht den notwendigsten Lebensbedarf selbst beschaffen können, mithin fürsorgebedürftig sind". Mit anderen Worten heißt das, die Heimarbeiter werden so schlecht entlohnt, daß sie trotz überlanger Arbeitszeit nicht einmal so viel verdienen, um sich satt essen zu können. Sie sind gezwungen, die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium empfindet das als einen unhaltbaren Zustand. Es verlangt, daß die Heimarbeiter so entlohnt werden, daß sie ohne öffentliche Unterstützung leben können. Die Reichsverordnung über die öffentliche Fürsorge habe das Ziel, „den Hilfsbedürftigsten in den Stand zu setzen, für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen den Lebensbedarf selbst zu beschaffen". Die Wohlfahrtsämter hätten deshalb darauf zu achten, daß die Heimarbeiter so viel verdienen, daß sie und ihre Angehörigen davon leben können. Und zwar soll das in der Weise geschehen, daß sie auf die Durchführung des Hausarbeitgesetzes achten. In der Verordnung heißt es:

„Das Hausarbeitgesetz vom 30. Juni 1923 steht mit den neuen Aufgaben für die Fachausschüsse sowie mit den Bußverfahren unter demselben Leitgedanken, dem Hausarbeiter die Beschaffung des wichtigsten Lebensbedarfs durch eigene Arbeit zu sichern.

Daraus ergibt sich, daß die Wohlfahrtsämter zur Durchführung der Fürsorgepflichtverordnung im Sinne des Sächsischen Wohlfahrtspflegegesetzes vom 28. März 1925 künftig regelmäßig feststellen, ob Fürsorgebedürftige oder deren unterhaltspflichtige Angehörige Hausarbeiter sind, und sich gegebenenfalls mit dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt verständigen, um festzustellen, ob die gezahlten Löhne „zulängliche Entgelte" im Sinne des § 20 des Hausarbeitgesetzes sind. Die Gewerbeaufsichtsämter würden ihrerseits daraufhin nötigenfalls eine Lohnregelung oder ein Bußverfahren anzuregen haben.

Mit solchen Maßnahmen würde es gelingen, einen beträchtlichen Teil der Hausarbeiter aus der Fürsorgebedürftigkeit herauszuführen."

Nach § 20 des Hausarbeitgesetzes sind „als unzulängliche Entgelte Arbeitsvergütungen anzusehen, die Heimarbeitern für bestimmte Arten von Heimarbeit unter Zugrundelegung einer normalen Arbeitszeit und einer vollwertigen und eingerichteten Arbeitskraft nicht den ortsüblichen Lohn zu erreichen ermöglichen, oder die hinter den in anderen Bezirken mit ähnlichen wirtschaftlichen Verhältnissen für die gleiche Arbeit gezahlten Löhnen zurückbleiben, also den in demselben Bezirk in Werkstatt und Fabriken gezahlten Löhnen für ähnliche Arbeit nachstehen". Wenn die Heimarbeiter offenbar unzulängliche Entgelte erhalten, haben die Fachausschüsse dafür zu sorgen, daß die Heimarbeiter mehr verdienen. Zur Erreichung dieses Zieles haben die Fachausschüsse „die Bestimmungen eines Tarifvertrages über die Entgelte als allgemeinverbindlich zu erklären oder Mindestentgelte festzusetzen". Wenn die Fachausschüsse das nicht von selbst tun, sollen die Wohlfahrtsämter und die Gewerbeaufsichtsämter die Festsetzung zulänglicher Entgelte anregen.

Wir begrüßen die Verordnung des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, wenn wir uns von seinem Vorgehen auch nicht viel versprechen. Wenn es seinen Plan ernstlich durchführen will, muß es zunächst einmal dafür sorgen, daß für alle Heimarbeiterbezirke Fachausschüsse errichtet werden. Im Freistaat Sachsen bestehen heute ganze sechs Fachausschüsse, und zwar je einer für die Kleider-, Handschuh-, Wäsche- und Spitzen-, Posamenten- und Kunstblumenindustrie, ferner einer für kunstgewerbliche und weibliche Handarbeiten. Für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie sind noch keine Fachausschüsse errichtet. Solange das nicht der Fall ist, stehen auch die wenigen Rechte, die das Hausarbeitgesetz den Heimarbeitern gibt, für diese nur auf dem Papier. Wenn das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium das nicht will, dann muß es mit größter Beschleunigung an die Errichtung von Fachausschüssen für die Holzspielwaren-, Bürsten- und Musikinstrumentenindustrie gehen.

Ein anderer Erlaß des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums beschäftigt sich mit der gewerblichen Kinderarbeit. Die Gewerbeaufsichtsämter werden angewiesen, „bei der Beaufsichtigung gewerblicher Kinderarbeit zu prüfen, ob die Unterhaltspflichtigen Hausarbeiter sind, und ob ihnen im Sinne des § 20 des Hausarbeitgesetzes zulängliche Entgelte gewährt werden. Derart gewonnene Feststellungen werden zunächst in sehr vielen Fällen den vorhandenen Fachausschüssen mitzuteilen sein oder Veranlassung geben, die Frage der Errichtung weiterer Fachausschüsse zu prüfen, um die Festsetzung zulänglicher Entgelte herbeizuführen. Soweit eine Entlohnung der Unterhaltspflichtigen erreicht wurde, die als „zulängliches Entgelt" anzusehen ist, wird der Durchführung des Kinderschutzgesetzes mehr Nachdruck zu verleihen sein als bisher".

Daß die Kinderarbeit gerade in Sachsen starke Verbreitung hat, ist allgemein bekannt. Sie ist die Folge der schlechten Entlohnung der Heimarbeiter. In dem gleichen Maße, wie hier eine Besserung eintritt, wird die Kinderarbeit abnehmen. Die von der Gesetzgebung erlassenen Vorschriften zum Schutze der Heimarbeiter sind notwendig, aber sie sind nur ein kleiner Notbehelf. Die Heimarbeiter werden annehmbare Arbeitsverhältnisse nur erreichen, wenn sie sich organisieren und um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage kämpfen. Darum, ihr Heimarbeiter, hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband!

Vom Sparen.

Die Inflation, welche die Spargelder entwertet hat, hat auch den Spartrieb getötet. Nur langsam beginnt er sich wieder zu beleben. Im allgemeinen ist das Lohnniveau der Arbeiterschaft so, daß es kaum ausreicht, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, von Überschüssen, die gespart werden können, kann in der Regel nicht die Rede sein. Trotzdem bringt es auch mancher Arbeiter und besonders manche Arbeiterfrau fertig, durch sorgsame Einteilung des verfügbaren Geldes sich einen Notgroschen zurückzulegen. Es wäre völlig verkehrt, gegen das Sparen durch die Arbeiter grundsätzlich predigen zu wollen. Im Gegenteil, es gibt dem einzelnen ein gewisses Sicherheitsgefühl, wenn er für den äußersten Notfall einen kleinen Reservefonds auf der Sparkasse hat.

Für die Sparkassen und Banken, bei denen die Spargelder angelegt werden, handelt es sich um ein Geschäft. Die vielen kleinen Beträge, die dort angelegt sind, ergeben zusammen große Summen, die wieder ausgeliehen werden und so zur Belebung der Wirtschaft beitragen. Der einzelne Sparer hat natürlich keinerlei Einfluß auf den Geschäftsbetrieb der Bank, die oft genug die Spargelder der Arbeiter dazu verwendet, recht arbeiterfeindliche Unternehmungen zu fördern, wenn sie nur reichlich Zins abwerfen. Ähnlich ist es auch mit den mitunter sehr erheblichen Summen, welche die Gewerkschaften ihrer Bank anvertrauen. Diese Gelder werden natürlich in der üblichen Weise verzinst, aber die Bank arbeitet mit ihnen. Sie leiht sie aus, natürlich zu einem höheren Zinsfuß, als sie selbst zahlt. Die Bank verdient also an den Geldern der Gewerkschaften, und diese haben keinerlei Kontrolle über die Art der Verwendung ihrer eingezahlten Gelder.

Aus der Erwägung heraus, daß der aus der Vermögensverwaltung der Gewerkschaften zu erzielende Gewinn den Gewerkschaften selbst erhalten werden kann, und daß die Gewerkschaften ein Kontrollrecht über die Verwendung ihrer Reservefonds ausüben können und müssen, ist die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G. gegründet worden, die sich seither gut entwickelt hat. Der Gewerkschaftskongreß in Breslau hat von dieser günstigen Entwicklung mit Befriedigung Kenntnis genommen und den Verbänden und deren örtlichen Verwaltungen empfohlen, diese Bank für ihre bankmäßigen Geschäfte zu benutzen. Aber auch den einzelnen Mitgliedern will die Bank dienstbar sein, sie hat deshalb neuerdings Einrichtungen für den Sparverkehr getroffen, deren Benutzung den Gewerkschaftsmitgliedern durch die Entschließung des Gewerkschaftskongresses empfohlen wird.

Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat ihren Sitz im Hause des ADGB. in Berlin S. 14, Wallstraße 65. Eine Filiale befindet sich in Hamburg, Besenbinderhof 57/59. Außerdem hat sie mit Hilfe der Ortsausschüsse des ADGB. Zahlstellen in einigen größeren Städten eingerichtet, und sie ist dabei, dieses Netz nach Möglichkeit zu vergrößern. Für täglich abhebbare Sparguthaben zahlt sie 6 Prozent, für monatlich kündbare 8 Prozent Jahreszinsen. Von der Möglichkeit, Spargelder bei der Arbeiterbank anzulegen, sollte weitgehender Gebrauch gemacht werden. Nähere Auskunft erteilen die Ortsausschüsse des ADGB. Wenn die Gelder der Gewerkschaften und die ihrer Mitglieder in einer Stelle zusammengefaßt werden, dann bedeuten sie, trotz ihrer verhältnismäßigen Geringfügigkeit im einzelnen, doch eine Macht, die in der kapitalistischen Welt von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die Kraftwagen in Deutschland.

Der Bestand an Kraftwagen vermehrt sich auch in Deutschland in steigendem Maße. Je gegenüber dem Vorjahr betrug die Zunahme im Jahre 1923 28 Prozent, im Jahre 1924 38 Prozent und im Jahre 1925, nach der Aufnahme am 1. Juli, 45 Prozent. Im ganzen gab es am 1. Juli 417 536 Kraftwagen in Deutschland, wobei die steuerfreien Kleinkrafträder nicht gezählt sind. Gegenüber dem Jahre 1924 ist gestiegen die Zahl der Großkrafträder von 97 965 auf 161 508, die der Personenkraftwagen von 132 179 auf 175 665, die der Lastkraftwagen von 60 629 auf 80 363. Im Jahre 1925 entfiel auf je 147 Einwohner ein Kraftfahrzeug. Am zahlreichsten waren die Kraftfahrzeuge in Hamburg, wo auf 106 Einwohner eins entfällt, dann folgt Berlin mit 109, das Rheinland mit 117, der Freistaat Sachsen mit 118 Einwohner auf ein Kraftfahrzeug. Dagegen kommt in Oberschlesien erst auf 403 Personen ein Kraftfahrzeug.

Trotz der starken Zunahme der Kraftfahrzeuge bleibt Deutschland in der Zahl seiner Automobile hinter anderen Ländern weit zurück. Wenn man die Krafträder außer Betracht läßt, also nur Personen- und Lastkraftwagen zählt, dann entfielen in Deutschland auf einen Wagen im Jahre 1924 321, im Jahre 1925 dagegen 244 Einwohner. Die stärkste Verbreitung hat das Automobil in den Vereinigten Staaten, wo schon auf 6 Einwohner ein Kraftwagen entfällt. In Kanada kommen 14, in Neuseeland 18, in Australien 27, in Großbritannien 60, in Frankreich 71, in Argentinien 75, in Schweden 95, in Belgien 121, in Britisch Südafrika 181 Einwohner auf ein Automobil. In Europa ist das Automobil nur in Spanien mit 314 und in Italien mit 459 Einwohnern auf einen Kraftwagen schwächer verbreitet als in Deutschland. Für die gesamte Welt wird der Bestand an Kraftwagen im Jahre 1925 auf 21 409 000 angegeben.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenbeitrag für die Woche vom 25. bis 31. Oktober fällig geworden.

Der nächste Kursus an der Heimvolkshochschule in Tinz, der im Januar 1926 beginnt und fünf Monate dauert, ist ein Frauenkursus. Die Auswahl der Kursusteilnehmerinnen erfolgt auf Vorschlag der Verbandsvorstände durch den Bildungsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Weibliche Mitglieder unseres Verbandes, die sich zur Teilnahme an dem Kursus bewerben wollen, haben bis spätestens den 15. November 1925 ihre Bewerbung an den Verbandsvorstand einzureichen, und zwar über die zuständige Ortsverwaltung, die ein Gutachten beizufügen hat.

Die handschriftlichen Bewerbungen müssen Angaben über Lebenslauf, Bildungsgang, Berufstätigkeit und bisherige Wirksamkeit im Verband und in der Arbeiterbewegung überhaupt enthalten. Von den geeigneten Bewerberinnen werden in erster Linie Unverheiratete berücksichtigt.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Jugendleiterkonferenz für Rheinland und Westfalen.

Am Sonntag, dem 18. Oktober, fand in Dortmund eine Besprechung der Jugendleiter unseres Verbandes für das Industriegebiet statt. Vertreten waren die Orte: Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Essen, Hagen, Hamm, Mülheim, Ohligs, Recklinghausen, Schwelm, Soest, Solingen und Witten. Im ganzen 34 Vertreter aus 16 Orten. Kollege Timm referierte über das Thema: „Auf- und Ausbau der Jugendabteilungen unseres Verbandes." In der Aussprache wurden die großen Schwierigkeiten besprochen, die im Industriegebiet unserer Arbeit hinderlich sind. Es soll versucht werden, durch geeignete Arbeitsweise Erfolge zu erringen. Kollege Meyer (Düsseldorf) erklärte für den Gauvorstand die Bereitwilligkeit, in jeder Weise die Jugendarbeit zu stützen und zu fördern. Die Aussprache hat bestimmt dazu beigetragen, unserer Jugendbewegung weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen. R. T.

Korrespondenzen.

Freiburg i. Baden. Am 30. September starb unser Kollege, der Modelleur Franz Bernt. In ihm verliert die hiesige Bildhauersektion ein treues Mitglied. Bernt, der nur ein Alter von 56 Jahren erreichte, war ein geborener Wiener. Der Organisation gehörte er seit 1907 an, zunächst dem Bildhauer-Verband, als dieser sich mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband verschmolz, trat er mit über, und auch seitdem hat er jederzeit seinen Mann gestanden. Bernt war in seinem Fach eine künstlerisch hochbegabte Persönlichkeit. Seine Arbeiten fanden nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei den Unternehmern volle Anerkennung. Die Kollegen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Unsere Lohnbewegung.

Eine Fernwirkung der Meißingerschen Aktennotiz.

Der am 24. März 1925 zwischen der Verwaltungsstelle Berlin unseres Verbandes und den Vereinigten Verbänden der Berliner Holzindustrie abgeschlossene Manteltarifvertrag für das Berliner Holzgewerbe ist durch eine vom 13. Oktober datierte Verfügung der Reichsarbeitsverwaltung für allgemeinverbindlich erklärt worden, und zwar mit Wirkung vom 1. September 1925 an. Zwischen dem Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit, der am 2. April gestellt wurde, und der Entscheidung der Reichsarbeitsverwaltung lag ein Zeitraum von mehr als einem halben Jahr. Daraus kann man schließen, daß der zuständigen Stelle die Entscheidung außerordentlich schwer gefallen ist. So ist es auch in der Tat.

In Berlin bestehen im Unternehmerlager zwei Organisationen, die sich bitter befehden. Von den Vereinigten Verbänden, die unter der Leitung des Obermeisters Paeth stehen und früher die Unternehmer des gesamten Berliner Holzgewerbes in sich vereinigten, hat sich ein wichtiges Glied, die Freie Vereinigung der Berliner Holzindustriellen, vor einiger Zeit abgesplittert. Die Freie Vereinigung umfaßt eine Anzahl größerer Möbelbetriebe. Sie wird vom Syndikus Haertlein geleitet und ist jetzt dem Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes angeschlossen. Bei dem Verhältnis zwischen den beiden Unternehmergruppen ist ein gemeinsames Verhandeln zum Zweck des Abschlusses eines einheitlichen Vertrages unmöglich. Deshalb wurde im Frühjahr zunächst mit den Vereinigten Verbänden als der Gruppe verhandelt, die die größte Zahl der Holzarbeiter beschäftigt. In dem am 24. März abgeschlossenen Vertrag, der sich im übrigen an das Muster anlehnt, das auch für die sonstigen Landestarifverträge im Holzgewerbe gilt, ist die wöchentliche Arbeitszeit auf 46 Stunden festgelegt. Das ist die Arbeitszeit, die seit dem Jahre 1919 in Berlin gilt, und die sich unsere Berliner Kollegen seither niemals nehmen ließen. Diese Vertragsbestimmung hat Herrn Paeth die schärfsten Angriffe des Arbeitgeberverbandes eingetragen. Ihm wurde Verrat an den heiligsten Interessen des gesamten Unternehmertums vorgeworfen, und man kargte nicht mit sonstigen Liebenswürdigkeiten. Dabei wußten die Ankläger sehr gut, daß jede Sympathie mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft Herrn Paeth durchaus fern liegt. Sehr gegen den eigenen Willen hat er sich genötigt gesehen, den Berliner Kollegen dieses Zugeständnis zu machen.

Für die Freie Vereinigung lag zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Paeth ein bis zum 30. April befristeter Schiedsspruch vor. Die dann mit ihr aufgenommenen Verhandlungen führten am 15. Mai zum Abschluß eines Tarifabkommens. Den Schluß dieses Abkommens bildet eine Erklärung, in der sich die Parteien bereit erklären, in den ersten Tagen des Juni zwecks Abschluß eines Tarifvertrages zusammenzutreten. „Bis dahin verbleibt es bei der bisherigen 46stündigen Arbeitszeit." Zum Abschluß eines Tarifvertrages, der nur mit dem der Vereinigten Verbände hätte gleichlautend sein können, ist es aber nicht gekommen. Herr Haertlein teilte unserer Ortsverwaltung am 26. Juni mit, daß die

Organe der Freien Vereinigung es abgelehnt hätten, die 46stündige Arbeitszeit tariflich festzulegen. Das hatte weiter keine Bedeutung, denn auch in den Betrieben der Mitglieder der Freien Vereinigung wird nach wie vor 46 Stunden gearbeitet.

Inzwischen hatte das Verfahren wegen der beantragten Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages seinen Fortgang genommen. Es regnete Einsprüche. Nicht nur die Freie Vereinigung der Berliner Holzindustriellen und einige Berliner Branchenverbände, wie der Verband der Kehlleistenfabrikanten, hatten Einspruch erhoben, auch der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie hatte sich lebhaft engagiert. Sowohl der Vorstand allein wie auch seine Unterverbände aus dem ganzen Reich erhoben jeder für sich Einspruch gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Vertrages für die Berliner Holzindustrie, weil dieser die 46stündige Arbeitszeit vorsieht. Als unsere Berliner Ortsverwaltung am 4. Juni bei der Reichsarbeitsverwaltung nach dem Stande der Dinge Nachfrage hielt, wurde ihr die Auskunft, daß nicht weniger als 20 Einsprüche vorlägen. Schließlich wurden mündliche Verhandlungen über die Einsprüche anberaumt. Es wurde wiederholt verhandelt, aber immer wieder mit dem Ergebnis, daß an der überwiegenden Bedeutung des mit Paeth abgeschlossenen Vertrages für das Berliner Wirtschaftsgebiet nicht zu zweifeln ist.

Einen Tarifvertrag mit der 46stündigen Arbeitszeit für allgemeinverbindlich zu erklären, blieb aber für die Reichsarbeitsverwaltung doch eine harte Nuß. Wenn es sich um Verträge oder Schiedssprüche mit 54- oder 60stündiger Arbeitszeit handelt, hat man dort keine Bedenken; für solche den Arbeitern aufgezwungenen Verträge ist die Verbindlichkeit unter Umständen auch telegraphisch zu erlangen. Hier wurde aber nach einem Ausweg gesucht, um der unangenehmen Aufgabe aus dem Wege zu gehen. Von solchen Erwägungen diktiert war der Vorschlag der Reichsarbeitsverwaltung, der Deutsche Holzarbeiter-Verband möge mit der Freien Vereinigung zwecks Abschluß eines Vertrages in Verhandlungen treten. Das ist geschehen, und am 25. Juni wurde der Reichsarbeitsverwaltung mitgeteilt, daß dieser Versuch vergeblich war; gleichzeitig wurde die Reichsarbeitsverwaltung gebeten, nunmehr eine Entscheidung über den Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit zu fällen.

Die Reichsarbeitsverwaltung legte dieses Schreiben zu den Akten und tat nichts. Das ist ja das beliebte Mittel der Bureaukratie, unangenehme Sachen ablagern zu lassen in der stillen Hoffnung, daß sie sich schließlich von selbst in Wohlgefallen auflösen. So wäre es auch wohl mit diesem Antrage auf Allgemeinverbindlichkeit gegangen, wenn nicht die unangenehme Sache mit der Aktennotiz des Dr. Meißinger dazwischen gekommen wäre. Nach dieser Aktennotiz hätte Ministerialdirektor Sitzler in vorsichtiger Weise zu erkennen gegeben, daß das Reichsarbeitsministerium sich entschlossen habe, von dem Mittel der Verbindlichkeitserklärung so gut wie keinen Gebrauch mehr zu machen. Die Richtigkeit dieser Behauptung des Dr. Meißinger, die sich allerdings auf die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen bezieht, ist bestritten worden, und der Reichsarbeitsminister hat sich in seiner Denkschrift zu dem Fall Meißinger auf die Unparteilichkeit seines Ministeriums berufen. Aber die Allgemeinverbindlichkeit eines Tarifvertrages, um die es sich hier handelt, ist mit der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen nahe verwandt, wenn für die Allgemeinverbindlichkeit auch nicht das Reichsarbeitsministerium direkt, sondern eine ihm nachgeordnete Behörde, die Reichsarbeitsverwaltung, zuständig ist.

Das Ablagernlassen des Antrages der Berliner Holzarbeiter läßt sich mit der gerühmten Unparteilichkeit schlecht in Einklang bringen. Es wäre auch wohl peinlich empfunden worden, wenn durch eine öffentliche Anfrage nach dem Schicksal des Antrages der Berliner Holzarbeiter, die Objektivität der Behörde in ein etwas zweifelhaftes Licht gerückt worden wäre. Um das zu verhüten, hat man sich doch entschlossen, die unangenehme Sache auszugraben und den Tarifvertrag für das Berliner Holzgewerbe nach halbjährigem Lagern für allgemeinverbindlich zu erklären. Man wird nicht fehlgehen, wenn man in dieser Allgemeinverbindlicherklärung des Berliner Vertrages mit der 46stündigen Arbeitszeit eine Fernwirkung der Meißingerschen Aktennotiz erblickt.

Für die **Sägewerksindustrie im nördlichen Westfalen** wurde ein Lohnabkommen getroffen, durch welches die Spitzenlöhne ab 19. Oktober in den vier Ortsklassen auf 60, 57, 54 und 51 Pf. erhöht werden.

Für die **oberhessische Sägewerksindustrie** wurde am 21. Oktober eine Vereinbarung getroffen, welche den Spitzenlohn in den Ortsklassen II bis IV auf 65, 59 und 57 Pf. festsetzt.

In Berlin hat sich die Lage in der Klavierindustrie kritisch gestaltet. Bisher bestanden hier drei Verträge, je einer für die Klavierindustrie, für die Mechanikbetriebe und die pneumatische Branche. Als diese Verträge am 30. September abliefen, kam man überein, einen gemeinsamen Vertrag für alle drei Branchen abzuschließen. Die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, und schließlich wurde vor einer vereinbarten Schiedsstelle verhandelt. Hier wurde in den strittigen Punkten eine Entscheidung gefällt, zu welcher sich die Parteien bis zum 23. Oktober erklären sollten. Die Unternehmer haben sich bisher nicht erklärt, sondern um eine Verlängerung der Frist bis zum 26. Oktober nachgesucht. — Der Streik der Parkettleger ist nach 5½wöchiger Dauer beendet worden. Durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wurde der Mindestlohn bei Lohnarbeit von 1,40 Mk. auf 1,55 Mk. erhöht, und die Akkordsätze des seitherigen Tarifvertrages wurden entsprechend geändert. Am 22. Oktober wurde die Arbeit wiederaufgenommen.

In Köln wurde für die Stockindustrie ein Abkommen getroffen, welches den Durchschnittslohn der Facharbeiter auf 1,46 Mk., die Akkordbasis auf 1,10 Mk. festsetzt. In dem mit der Pfeifenfabrik Schwab u. Co. getroffenen Lohnabkommen sind die Löhne wesentlich erhöht. Der Lohn der Facharbeiter steigt von 80 Pf. auf 1,08 Mk.

In Kreuznach wurde für die Kammindustrie ein Lohnabkommen getroffen, welches mit Wirkung vom 9. Oktober den Lohn für Facharbeiter auf 65 Pf., für Angelernte auf 59 Pf., für Ungelernte auf 54 Pf. und für Arbeiterinnen auf 39 Pf. festsetzt.

Aus der Holzindustrie.

Aus der Kistenindustrie.

Obwohl die Kistenindustrie ein bedeutender Zweig der Holzindustrie ist, gibt es über die Zahl ihrer Betriebe und Beschäftigten kein zuverlässiges Material. Die früheren amtlichen Gewerbe- und Berufszählungen führen die Kistenindustrie nicht gesondert; sie rechnet zur Gruppe: „Grobe Holzwaren." Dieser Mangel ist jetzt beseitigt, denn bei der amtlichen Gewerbe- und Berufszählung im Juni 1925 wurde die Kistenindustrie gesondert erfaßt. Wenn die Ergebnisse der Zählung veröffentlicht werden, wird man zum erstenmal zuverlässig erfahren, wieviel Betriebe und Beschäftigte die Kistenindustrie zählt. Vorläufig aber sind wir noch auf Schätzungen angewiesen. Der Verband deutscher Kistenfabrikanten (Sitz Großbothen, Bezirk Leipzig) schätzt die Zahl der Kistenarbeiter in der Vorkriegszeit auf über 12 000. Das ist wahrscheinlich zu reichlich geschätzt. Eine Umfrage unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ermittelte für den Monat Juli 1914 426 Gehilfenbetriebe mit 5468 Beschäftigten. Da sich die Umfrage nur auf Verbandsorte erstreckte, sind die Betriebe, auf die der Verband keinen Einfluß hatte, nicht mit erfaßt worden. Wie die Verhältnisse damals lagen, war das eine ganze Reihe von Betrieben, aber meistens solche mit nur wenigen Beschäftigten. Günstigenfalls zählte die Kistenindustrie im Sommer 1914 etwa 8000 bis 9000 Beschäftigte. Die Verbandsumfrage im Juli 1924 ermittelte 337 Betriebe mit 6560 Beschäftigten. Auch bei dieser Umfrage wurden nicht alle Betriebe erfaßt, die Beschäftigtenzahl war in Wirklichkeit also höher. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird man sagen können, daß die Kistenindustrie 1924 den gleichen Umfang hatte wie 1914.

Während der Inflation sind auch in der Kistenindustrie zahlreiche neue Betriebe entstanden, die zum Teil von vornherein keine gesunde Grundlage hatten. Einige davon sind inzwischen pleite gegangen. Auf dem kürzlich abgehaltenen 8. Verbandstag des Verbandes deutscher Kistenfabrikanten wurde berichtet, daß im letzten Geschäftsjahr 69 Betriebe geschlossen wurden. Das sind fast ausschließlich Kleinbetriebe gewesen, die Mittel- und erst recht die Großbetriebe haben auch die Wirtschaftskrise des letzten Jahres verhältnismäßig gut überstanden. Von den 69 geschlossenen Betrieben entfallen 49 allein auf Mitteldeutschland.

Der Verband deutscher Kistenfabrikanten beklagt sich, daß seine Schutzzollforderungen von der Reichsregierung und den Regierungsparteien nicht ohne weiteres erfüllt worden sind. Wir finden, daß die Reichsregierung und ihre Parteien einmal gut beraten waren, als sie diese Forderungen unberücksichtigt ließen. Zweifellos zeigt die Kisteneinfuhr eine steigende Tendenz. Das Verhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr ist heute aber noch immer günstiger als in der Vorkriegszeit. Nach der amtlichen Außenhandelsstatistik betrug die deutsche Ausfuhr und Einfuhr von Kisten 1913 und in den letzten Jahren:

	Ausfuhr Doppelzentner	Einfuhr Doppelzentner
1913	130 374	88 216
1921	241 352	10 903
1922	236 043	15 715
1923	235 616	8 380
1924	188 658	22 618
1925 (Januar bis Juli)	94 388	46 472

Vergleicht man die Ausfuhrmengen der letzten Jahre mit dem Stande von 1913, so hat die Kistenindustrie keinen Grund, mit der Entwicklung ihres Exports allzusehr unzufrieden zu sein. Auch gegenwärtig noch hat sie ein ziemlich flottes Ausfuhrgeschäft. Es ist aber mit einem baldigen Rückgang der Ausfuhr zu rechnen, wenn es nicht gelingt, Finnlands und Schwedens Konkurrenz auf dem Weltmarkte erfolgreich zu begegnen. Die Kistenindustrie beider Länder liefert zu niedrigen Preisen, was in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß dort das Holz wesentlich billiger ist als in Deutschland. Hier zeigt sich wieder einmal, wie die hohen deutschen Holzpreise unsere Ausfuhr von fertigen Holzwaren erschweren. Trotz alledem fordern die Waldbesitzer höhere Einfuhrzölle auf Holz, damit die Holzpreise noch mehr steigen.

Vor dem Weltkriege hatte Deutschland eine ziemlich starke Kisteneinfuhr. Die Haupteinfuhrländer waren Österreich und Rußland. Während des Krieges fand die Einfuhr ein natürliches Ende, und in den Inflationsjahren bestand ein Einfuhrverbot; nur gewisse Sorten Kisten oder Teile davon durften eingeführt werden. Daraus erklärt sich die schwache Einfuhr in den letzten Jahren. Nach Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen nahm das Einfuhrgeschäft einen sprunghaften Aufstieg. Die Einfuhrmenge stieg von 8380 Doppelzentner 1923 auf 22 618 Doppelzentner im Jahre 1924. Im ersten Halbjahr 1925 hat sich die Einfuhr abermals verdoppelt, und wir müssen damit rechnen, daß am Jahresschluß eine Einfuhr festzustellen sein wird, die wesentlich stärker ist als im Jahre 1913.

Diese Entwicklung ist keine gleichgültige Sache, auch nicht für die Arbeiter. Gegenwärtig sind Polen und die Tschechoslowakei die Hauptkonkurrenzländer auf dem deutschen Markt. Auch deren Konkurrenzfähigkeit ist darauf zurückzuführen, daß das Holz dort billiger ist als in Deutschland. Verschiedentlich wird die Ansicht vertreten, daß die ausländischen Betriebe technisch und organisatorisch besser eingerichtet wären als die deutschen Kistenfabriken. In einigen Fällen mag das zutreffen, im allgemeinen aber kann gesagt werden, daß die deutschen Kistenfabriken mit den modernsten technischen und organisatorischen Hilfsmitteln arbeiten. Falsch ist es aber auch, wenn die Unternehmer auf die Löhne im Ausland verweisen, die angeblich niedriger sind als in Deutschland. Wir geben zu, daß gerade in Polen und in der Tschechoslowakei teilweise Arbeitsverhältnisse herrschen, die vielleicht um einiges ungünstiger sind als in Deutschland. In den Hauptbetrieben der Kistenindustrie aber sind die Lohnverhältnisse mindestens so günstig wie bei uns in Deutschland.

Auch die Kistenfabrikanten scheinen die wahren Gründe des Vordringens der ausländischen Konkurrenz erkannt zu haben. Sie haben sich auf ihrem Verbandstag, wie auch früher schon in wiederholten Fällen, gegen die hohen Rundholzpreise gewandt. Proteste allein nützen hier aber wenig, mit dem Kampf gegen die Wucherpraktiken des Waldbesitzes muß endlich einmal Ernst gemacht werden. Die Unternehmer sind nur einig, wenn es gegen die Arbeiter geht, wenn es aber gilt, wirkliche Schäden abzuwehren, läuft jeder seinen eigenen Weg. Allein deshalb ist es möglich, daß die Käufer und die Waldbesitzer die Holzpreise immer höher treiben können.

Wenn die Kistenindustrie in der Holzversorgung nicht ungünstiger gestellt wird als die ausländische Konkurrenz, dann wird diese weder auf dem Inland- noch auf dem Auslandmarkt die deutsche Kiste verdrängen. Die von den Unternehmern gewünschten hohen Einfuhrzölle sind ein völlig ungeeignetes Mittel zur Förderung der Industrie. Wir brauchen den scharfen Konkurrenzkampf als Hebel zum technischen und organisatorischen Fortschritt.

Warenpreis und Arbeitslohn.

Die von den Unternehmern immer wieder vorgebrachte Behauptung, daß die hohen Arbeiterlöhne schuld seien an den hohen Preisen, und daß der so eifrig propagierte Preisabbau mit der Herabsetzung der Löhne beginnen müsse, ist schon oft widerlegt worden. Es ist aber trotzdem nicht überflüssig, gelegentlich an einem konkreten Beispiel zu zeigen, an welcher Stelle die wahre Ursache der teuren Warenpreise liegt.

In Gera besteht eine Zahnbürstenfabrik, die Firma K., die etwa 10 männliche und 20 bis 30 weibliche Arbeiter beschäftigte. Es wurden Zahnbürsten aus Zelluloid hergestellt, fast durchgängig gute Ware. Die Firma zahlte nicht nach dem Bürstenmachertarif, sondern nach den höheren Sätzen des Holzarbeitertarifs, und auch in diesem war die Abstaffelung für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen günstiger als in dem Tarif für die Holzindustrie. Trotzdem zahlte die Firma den länger bei ihr beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen über den Tarif. Kurz, die Arbeiterschaft in dem Betrieb war verhältnismäßig gut bezahlt. Um das gute Verhältnis aufrechtzuerhalten, ist der Unternehmer vor zwei Jahren aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, der ihm verbieten wollte, außertarifliche Teuerungszulagen zu zahlen. Dabei machte der Unternehmer gar kein Hehl daraus, daß sein Betrieb einen guten Gewinn abwarf. Von dem Ertrage lebte nicht nur der Hauptinhaber, sondern auch zwei verheiratete Söhne, die Teilhaber waren.

Im letzten Sommer kam die Fabrik durch den Zusammenbruch von Kunden in Schwierigkeiten, der Betrieb mußte stark eingeschränkt werden. Als die bekannte Zahncremefabrik Chlorodont die Lieferung von Zahnbürsten ausschrieb, erbot sich die Firma K. zur Anfertigung. Es handelte sich um zwei Sorten Zahnbürsten, die mit je 60 Pf. das Stück verkauft werden. K. wollte die Bürsten fix und fertig, mit Stempel versehen und in Kartons verpackt, die eine Sorte für 27 Pf., die andere für 29 Pf. liefern. Die Firma Chlorodont verlangte jedoch eine Ermäßigung des Preises um 20 bis 30 Prozent. Sie will also für die Bürsten, die sie für 60 Pf. verkauft, nur 20 bis 22 Pf. zahlen.

Nun beachte man, daß die fragliche Bürstenfabrik Löhne zahlt, die mindestens 25 Prozent höher sind als in ähnlichen Fabriken, trotzdem kann sie Ware liefern, die der Abnehmer mit mehr als 100 Prozent Aufschlag verkauft. Kann man da sagen, daß die Arbeiterlöhne an den hohen Warenpreisen schuld sind? Es wirkt geradezu aufreizend, wenn man an solchen Beispielen sieht, mit welch hohen Zwischengewinnen operiert wird. Rechnet man, daß im vorliegenden Fall in dem Fabrikpreis der Bürste mit 27 und 29 Pf. auch die Kosten des Materials, die Fabrikationsunkosten und der Gewinn des Fabrikanten enthalten sind, dann bleibt für den Arbeitslohn nicht mehr viel übrig. Jedenfalls ist der Anteil des Arbeitslohnes an dem Verkaufspreis der Ware verschwindend gering. Will man den Warenpreis senken, dann muß an ganz anderer Stelle zugefaßt werden als am Arbeitslohn.

Die Waldverwüstungen in der bayerischen Pfalz.

Bayerische Landtagsabgeordnete haben kürzlich eine sechstägige Informationsreise durch die herrlichen bayerischen Wälder gemacht. Die amtliche „Bayerische Staatszeitung" veröffentlicht einen ausführlichen Reisebericht, dem wir folgende Schilderung des Pfalzwaldes entnehmen:

„12 000 Hektar Wald bedecken hier in der Form eines Dreiecks die Südostecke der Pfalz von Weißenburg und Lauterburg bis Kandel, Wörth und Rheinzabern. Drei Forstamtsbezirke: Kandel-Süd, Scheidt und Neulauterburg, verwalten diese ungeheure Waldfläche. Trotz ratternder Autos, welches überwältigende Gefühl der Waldeinsamkeit zwischen mächtigen Föhren, Eichen und Buchen, die alle zu gewaltiger Höhe aufschießen. Eichen im Alter von 200 bis 300 Jahren und einer Höhe bis zu 40 Metern, so die Kaisereiche, die Kaiserineiche, die Luitpoldeiche und die Bismarckeiche, sind der Stolz der Forstleute im Waldgebiet. Leider hat die Kaiserineiche bitteres Schicksal getroffen; sie fiel am 26. Februar 1924 unter den Axten der Firmen aus Niederbronn und Bruchsal, die aus der Beschlagnahme des pfälzischen Staatswaldbesitzes frevelhaften Nutzen zu ziehen gedachten. Denn die von der französischen Besatzungsbehörde als Faustpfand durchgeführten schlagreifen Holzverkäufe waren mit besonderer Vorliebe in den Bienwald verlegt worden, einmal wegen der dortigen großen Vorräte an haubarem Kiefern- und Eichenholz, zum anderen aber wegen der guten Abfuhr und Verfrachtungsverhältnisse und schließlich wegen der Möglichkeit, die zur Aufarbeitung der Hölzer nötigen Holzhauer aus dem nahen Elsaß herbeizuschaffen. Leider beteiligten sich auch Holzfäller aus den

pfälzischen Orten Büchelberg und Schrübenhardt an der Zerstörung des Pfälzer Waldes. Welche ungeheuren Vorräte an haubarem Holz der Bienwald präsentiert, geht aus dem Voranschlag der pfälzischen Forstbehörde hervor, die bis zur Beschlagnahme mit einem Gesamtjahreshiebsatz von rund 43 000 Festmetern im Werte von 950 400 Mk. rechnete. Durch die öffentlichen Versteigerungen auf dem Stock durch die Franzosen im Bienwald wurden 386 Hektar Wald dem Verkauf unterstellt. Der Gesamtholzanfall der Zwangshiebe im Bienwald beläuft sich auf 80 000 Festmeter, das sind 7,3 Prozent der von den Franzosen in den pfälzischen Staatswaldungen veräußerten Gesamtmenge von 1 100 000 Festmetern. Allein diese 80 000 Festmeter repräsentieren einen Wertverlust von rund 3,5 Millionen Goldmark."

Die „Bayerische Staatszeitung" hat sich über den Umfang der Waldverwüstungen in der Pfalz schon wiederholt ausgelassen, die früher gemachten Angaben stimmen mit den neuesten aber nicht recht überein. Wir erinnern nur an ihre Veröffentlichung im Juni 1924, wo die von den Franzosen dem Verkauf unterstellte Waldfläche auf 476 Hektar angegeben wurde, heute sind es nur noch 336 Hektar. Auch sonst bestehen noch Widersprüche, die der Aufklärung bedürfen. Im übrigen finden wir es außerordentlich merkwürdig, daß die Namen der in Frage kommenden Unternehmer aus Niederbronn und Bruchsal nicht genannt werden.

Weidenverkauf nur an Korbmacher.

Wie die „Korbmacher-Zeitung" berichtet, herrscht im sächsischen Korbmachergewerbe Knappheit an grünen Weiden. Der Unternehmerverband für Sachsen hat sich deshalb an die sächsische Regierung gewandt mit dem Antrag, die für dieses Jahr in Aussicht genommenen Weidenauktionen bereits in den ersten Wochen des Oktober vorzunehmen. Weiter wird gefordert, „daß zu den Weidenauktionen nur solche Personen zugelassen werden, die das Korbmachergewerbe oder die Korbwarenbranche ordnungsmäßig erlernt haben, einen diesbezüglichen Gewerbeschein besitzen und die Branche praktisch ausüben". Die Unternehmer wollen die Zwischenhändler ausschalten, weil diese die Weiden unnötigerweise verteuern.

Die sächsische Regierung hat den Wünschen der Korbmachermeister im großen und ganzen Rechnung getragen. In den Bezirken Dresden und Meißen haben die Auktionen bereits stattgefunden. Hinsichtlich des Ausschlusses von Zwischenhändlern heißt es in dem vom 26. September datierten Bescheid an den Unternehmerverband: „Im übrigen sind die Bauämter Dresden und Meißen angewiesen worden, die für die Weidenversteigerung erlassenen Vorschriften genau zu beachten und nur solche Personen zuzulassen, die die Weiden in Sachsen selbst gewerbsmäßig verarbeiten und sich durch einen Gewerbeschein als Korbmacher ausweisen, keinesfalls aber als Bieter, die die Weiden weiterveräußern wollen."

Mit dieser Regelung kann man sich einverstanden erklären. Die Unternehmerforderung, daß der Weidenkäufer „das Korbmacherhandwerk oder die Korbwarenbranche ordnungsmäßig erlernt haben muß", geht zu weit und ist unzeitgemäß. Es gibt, was auch den Zünftlern bekannt sein dürfte, zahlreiche Korbwarenfabrikanten, die keine „ordnungsmäßige Lehre" durchgemacht haben, aber trotzdem tüchtige Männer in ihrem Fache sind. Diese müßten von den Weidenauktionen ausgeschlossen werden, wenn es nach dem Willen der zünftlerischen Korbmachermeister ginge. Das wäre kein Fortschritt, sondern ein starker Rückschritt.

Verbandstag des Holzarbeiter-Verbandes in der Tschechoslowakei.

Von dem erbitterten Nationalitätenkampf in der Tschechoslowakei, der in der Nachkriegszeit in verschärftem Maße fortgeführt wurde, ist auch die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht unberührt geblieben. In der tschechischen Republik gibt es heute außer den kleinen Splittern christlicher und nationaltschechischer Richtung drei größere Holzarbeiterorganisationen, und zwar einmal im deutschsprachigen Gebiet den Verband der Holzarbeiter und Drechsler, Sitz Reichenberg, weiter den Verband tschechischer Richtung (Unie Drevodelniku) in Prag, schließlich den nach Moskau orientierten Verband der Holzarbeiter der tschechoslowakischen Republik, Sitz Prag. Die ersten beiden Verbände gehören der Internationalen Union der Holzarbeiter an. Nach vielfachen Bemühungen ist es der Internationalen Union im Jahre 1923 gelungen, ein föderatives Zusammenwirken zwischen diesen beiden Organisationen herzustellen.

Der Reichenberger Verband ist 1919 nach der Zerschlagung des alten Österreichs von den ehemals dem österreichischen Holzarbeiter-Verband angehörenden Mitgliedergruppen in dem deutschsprachigen Gebiet der Tschechoslowakei gegründet worden.

Der junge Verband hielt in den Tagen vom 26. bis 28. September seinen 3. ordentlichen Verbandstag in Reichenberg (Böhmen) ab. Mehr als 50 Delegierte nahmen an dem Verbandstag teil, außerdem noch einige Gäste von ausländischen Bruderorganisationen, darunter auch ein Vertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Aus dem erstatteten Rechenschaftsbericht über die zurückliegende dreijährige Geschäftsperiode entnehmen wir, daß der Verband durch die wirtschaftliche Krise, durch die nationale Zerissenheit und die politischen Richtungsstreitigkeiten im Lande stark in Mitleidenschaft gezogen wurde. Beispielsweise brachte das schwere Krisenjahr 1923 einen Mitgliederrückgang von 40 Prozent. Seit 1924 geht es aber wieder aufwärts. Die Finanzen sind gesundet, und die Mitgliederzahl ist wieder auf 6000 gestiegen. Viele Lohnkämpfe mußten geführt werden gegen den vom Unternehmertum angeordneten Lohnabbau. Auf dem Höhepunkt der Krise gelang es nicht überall, den Lohnabbau abzuwehren. Allein als sich in der zweiten Hälfte 1924 die Geschäftslage besserte, war es möglich, das Verlorene wiederzuholen.

Der jetzige Verbandstag beschäftigte sich vorzugsweise mit dem inneren Ausbau des Verbandes. In eingehender Weise wurde auch über die Praxis des Genther Systems diskutiert. Seit April dieses Jahres ist in der Tschechoslowakei das Genther System eingeführt, wonach Arbeiter und Angestellte im Zusammenhang mit der Arbeitslosenunterstützung ihrer zuständigen Gewerkschaftsorganisation einen staatlichen Beitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung erhalten. In der Praxis haben sich aber bereits bei der Durchführung des Systems eine ganze Reihe Mängel gezeigt, deren Beseitigung in einer einstimmig angenommenen Resolution gefordert wurde. In einem interessanten Referat behandelte noch der Redakteur Mazant die Frage des Schutzes und der Erziehung der jugendlichen Holzarbeiter.

Die mehrtägigen Verhandlungen fanden unter einer vorbildlichen Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Delegierten statt. Daß der Verbandstag mit der bisherigen Tätigkeit der Leitung des Verbandes einverstanden war, zeigte sich bei den Vorstandswahlen. Einstimmig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. K. J.

Möbeltischler oder Möbelschmied?

Gegenwärtig findet in Paris eine Internationale Kunstgewerbeausstellung statt. Nach Zeitungsmeldungen hat eine schwedische Firma ein Musterzimmer mit stilvollen Möbeln aus Schmiedeeisen mit Lederpolstern ausgestellt. Diese Möbel sollen Aufsehen und Bewunderung erregen. Ob das berechtigt ist, kann nur der beurteilen, der diese Möbel gesehen hat. Weiter wird berichtet, daß in Frankreich eiserne Möbel großes Interesse finden. In den Schaufenstern kann man bereits allerlei Eisenmöbel sehen, und sie machen durchweg einen guten Eindruck. In Verbindung mit Leder, Marmor und Farbenmotiven wird eine reiche Gesamtwirkung erzielt, die keineswegs kalt und nüchtern ist. Alle Möbel haben eine Art Ledersohle oder Schuh, wodurch der harte Aufklang wegfällt, schwere Gegenstände ruhen auf drehbaren Rollen. Im allgemeinen sind diese schmiedeeisernen Möbel etwas niedriger gehalten als Holzmöbel. Übrigens versteht man es, den Gegenständen eine sehr haltbare Patina zu geben, die in ihren gedämpften Farben einen sehr ansprechenden Eindruck erzielen. Hinzu kommt die feine Schmiedearbeit und die ungemein feine Ziselierung. Über die Preise solcher schmiedeeisernen Möbel- und Wohnungseinrichtungen wird Sicheres nicht berichtet. Man vermutet jedoch, daß der Preis sehr hoch bleiben wird und schon deshalb eine allgemeine Inbrauchnahme solcher Möbel vorerst nicht in Frage kommt.

Gewerkschaftliches.

Deutsche Gewerkschafter in Amerika.

Eine Anzahl deutscher Gewerkschaftsführer, unter ihnen unser Verbandsvorsitzender, Kollege Tarnow, befindet sich zurzeit in Amerika. Diese Delegation nimmt zunächst an dem Kongreß des amerikanischen Gewerkschaftsbundes teil, dann soll sie sich trennen, und die einzelnen Mitglieder der Delegation werden Studien über die Verhältnisse in ihrem speziellen Beruf anstellen. Über das erste Auftreten der deutschen Delegierten liegen jetzt Nachrichten vor, die erkennen lassen, daß sie auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongreß sehr freundlich aufgenommen wurden. Tarnow war der Sprecher der deutschen Delegation. Er löste mit seiner Rede, die von unserm Kollegen Wendel, der den Verbandsvorsitzenden als Dolmetscher begleitet, ins Englische übersetzt wurde, stürmischen Beifall aus. In seiner Antwort betonte der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, der Nachfolger des im vorigen Jahre verstorbenen Gompers, daß die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände und alle ihre Organe den Studien der deutschen Gäste jeden Vorschub leisten, und daß diese überall freundliche Aufnahme finden würden. Wie das gemeint ist, geht u. a. daraus hervor, daß der Vorstand der amerikanischen Holzarbeiterorganisation unsern Verbandsvorsitzenden auf seiner ganzen Reise durch die Vereinigten Staaten begleiten wird.

Die Eröffnung des amerikanischen Gewerkschaftskongresses war außer durch die Teilnahme der deutschen Vertreter noch besonders interessant dadurch, daß der mit Moskau sympathisierende Vertreter der englischen Gewerkschaften, Purcell, in seiner Begrüßungsrede der Hoffnung Ausdruck gab, daß auch die amerikanischen Arbeiter enge Beziehungen zu den Arbeitern Rußlands aufnehmen würden. Die Antwort, die Green darauf gab, war eine schroffe Ablehnung. Er erklärte, daß die Amerikaner für die Arbeiterbewegungen der Welt seien, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind; sie würden sich aber den Russen nicht anschließen und auch deren Theorien nie übernehmen.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund ist dem Internationalen Gewerkschaftsbund nicht angeschlossen, und ebenso steht auch die amerikanische Organisation der Holzarbeiter noch außerhalb unserer Internationale. Eine Annäherung hat bereits stattgefunden; so waren die Amerikaner auf dem Kongreß der Internationalen Union der Holzarbeiter im Sommer dieses Jahres in Brüssel vertreten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit auch der organisatorische Anschluß der amerikanischen Gewerkschaften an den Internationalen Gewerkschaftsbund erfolgt. Jedenfalls wird dieser Besuch der deutschen Gewerkschaftsdelegation zur weiteren Annäherung beitragen.

Gewerkschaftliche Verbandstage.

Der Bekleidungsarbeiter-Verband hielt seinen 16. Verbandstag Anfang August in Leipzig ab. Zur Organisationsfrage wurde eine Entschließung angenommen, die sich für den freiwilligen Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industrieverbänden ausspricht. In der Entschließung zur Lohnfrage heißt es: „Die Frage der zentralen oder örtlichen Lohn- und Tarifpolitik ist kein Prinzip, vielmehr eine Zweckmäßigkeit — gegebenenfalls eine aus den Verhältnissen heraus geborene Notwendigkeit." Von der Gesetzgebung wird gefordert, daß Bestimmungen erlassen werden, welche die Heimarbeit im Bekleidungsgewerbe mehr als bisher einschränken; ferner ein Gesetz, das klar ausspricht, daß die Lehrlingsverhältnisse tarifvertraglich geregelt werden dürfen, und das die Gewerkschaften als gleichberechtigten Vertragskontrahenten anerkennt. Vom ADGB. wird erwartet, daß er es als eine seiner Hauptaufgaben betrachtet, in enger Anlehnung an die Konsumvereinsbewegung zu versuchen, das Eindringen der Arbeiterschaft in die Produktion nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Der Tabakarbeiter-Verband hielt seinen 19. Verbandstag in den Tagen vom 14. bis 18. September in Nordhausen ab. Der Verband hat in den seit dem letzten Verbandstag verflossenen drei Jahre mehr noch als andere Gewerkschaften unter der Ungunst der Verhältnisse gelitten. Zu den Folgen der Inflation kamen noch die der Tabaksteuern, die zu einem Rückgang der Produktion und in weiterer Folge zu starker Arbeitslosigkeit und Mitgliederrückgang führten. Von den gefaßten Beschlüssen ist erwähnenswert der auf Anstellung eines Bildungssekretärs. Die Herausgabe einer Frauenbeilage zum Verbandsorgan und die Wiedereinführung der Betriebsrätezeitung wurden abgelehnt. Als Vorsitzender fungiert wieder Karl Deichmann, der vor 25 Jahren zum ersten Male an diesen Posten berufen wurde. Der Verbandstag benutzte die Gelegenheit, um dem verdienstvollen Verbandsleiter zu seinem Jubiläum eine würdige Ovation zu bereiten.

Der Böttcher-Verband tagte Mitte September in Leipzig. Der Verbandstag wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen die Versuche einiger Gewerkschaften, dem Böttcher-Verband Mitglieder zu entziehen. Die Böttcher sind bereit, sich einer größeren Organisation anzuschließen, wenn ihnen zugestanden wird, daß sie „geschlossen und als selbständige Sektion in ihrer heutigen Zusammensetzung übertreten können". Von verschiedenen Rednern wurde unser Deutscher Holzarbeiter-Verband als diejenige Organisation bezeichnet, mit der Verhandlungen wegen des Anschlusses aufgenommen werden sollten. Das wurde aus taktischen und praktischen Gründen abgelehnt. Der Verbandsvorstand wurde aber beauftragt, im Sinne der Verhandlungen des Verbandstages „eventuelle Anschlußfragen zu behandeln und eventuell zu lösen". In einer zur Antialkoholbewegung einstimmig angenommenen Entschließung heißt es: „Der Verbandstag erkennt an, daß den Mißbräuchen des Alkoholgenusses mit allen Mitteln entgegengewirkt werden muß. Nicht anerkennen aber kann er die jeder Grundlage entbehrende Agitationsweise der Abstinenten, denen es nicht darum zu tun ist, Mißbräuche des Alkohols zu bekämpfen, sondern die vollständige Trockenlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster zu erreichen. Er protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß diese Bestrebungen von Regierungen, welche verpflichtet sind, die persönliche Freiheit zu schützen, unterstützt werden."

Der Porzellanarbeiter-Verband hielt seinen 12. Verbandstag Mitte September in Magdeburg ab. Die Porzellanarbeiter erstreben seit langem die Schaffung eines Industrieverbandes für alle keramischen Gewerbe. Inzwischen sind die Töpfer zum Baugewerksbund übergetreten, und die Glasarbeiter haben die gleiche Absicht. Der Verbandstag beauftragte den Verbandsvorstand, Schritte zu unternehmen, „um doch noch zu einer die gesamte Keramik umfassenden Industrieorganisation zu kommen". Sollte dieser Plan scheitern, „dann ist die Verbindung mit derjenigen großen Industrieorganisation anzustreben, deren zuständige Betriebe mit unserer Hauptproduktion die meisten Berührungspunkte aufweisen". Eine andere Entschließung wendet sich gegen die wilden Streiks, die die Aktionen des Verbandes stören und gefährden.

Unternehmerbewegung.

Erbauliches aus der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in der letzten Zeit einigen Verdruß gehabt. Da ist die Affäre mit der berühmten Aktennotiz des Geschäftsführers Dr. Meißinger. Daß diese Aktennotiz in unrechte Hände geriet, veröffentlicht wurde und so viel Staub aufgewirbelt hat, mag für die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände recht peinlich sein. Der Reichsarbeitsminister hat es in seiner Denkschrift zwar weit von sich gewiesen, daß das Unternehmertum in seinem Ministerium einen solchen Einfluß besitzt, wie es aus der Aktennotiz geschlossen werden konnte. Unbedingt überzeugend ist aber diese Denkschrift ebensowenig wie die Antworten des Ministerialdirektors Dr. Sitzler auf die ihm gestellten Fragen. Immerhin wird in diesen Kundgebungen aus dem Reichsarbeitsministerium der Dr. Meißinger indirekt als ein Mann hingestellt, der es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt, wenn es sich darum handelt, sich seinen Auftraggebern gegenüber als außerordentlich tüchtige Kraft in das rechte Licht zu stellen. Und Herr Dr. Meißinger schweigt. Er schweigt zu der Veröffentlichung seiner Aktennotiz wie zu der Antwort, die der Reichsarbeitsminister darauf gegeben hat. Bei seiner sonstigen Redseligkeit ist dieses Schweigen doppelt auffällig. Es muß ein recht solider Maulkorb sein, den die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ihrem bewährten Syndikus vorgebunden hat.

Diese Wanzentaktik ist verständlich. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände möchte über diese Angelegenheit Gras wachsen lassen. Handelt es sich doch für sie um den so wertvollen Einfluß im Reichsarbeitsministerium, der um so wirksamer ist, je weniger über ihn in der Öffentlichkeit gesprochen wird. Die Zentralstelle der Scharfmacherverbände hat aber auch sonst noch Ursache, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von sich abzulenken. In ihrer Hauptverwaltung riecht es nämlich ganz unheimlich. Als kürzlich in der Verhandlung vor einem Berliner Schöffengericht der Deckel ein wenig von dem Topf gelüpft wurde, da entströmten ihm recht zweifelhafte Wohlgerüche. Ein kleiner Angestellter der Vereinigung war der Unterschlagung angeklagt. Ein Kaufmann Schubert war seit 1920 bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände als Buchhalter und Kassierer angestellt. Viel Gehalt bekam er nicht, aber er half sich mit Unterschlagungen. Drei Jahre hindurch hat er mit den unterschlagenen Geldern ein flottes Leben geführt und dabei über 40 000 Mk. verbraucht. Trotzdem hat der vereidigte Bücherrevisor bei der jährlichen Revision alles in Ordnung befunden! Schließlich kam während des Urlaubs des Sch. die Sache durch seinen Vertreter ans Licht, und Schubert bekam für Unterschlagung in etwa 100 Fällen acht Monate Gefängnis.

An sich wäre dieser Fall nicht besonders wichtig, pikant ist es nur, daß er der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände passierte, die sonst so tapfer schmälen konnte, wenn Veruntreuungen weit geringeren Umfanges in einer Gewerkschaft vorkamen. Aber die Unterschlagungen des ungetreuen Buchhalters sind ja nicht das wichtigste. Interessanter ist, was in der Gerichtsverhandlung über den Geschäftsbetrieb in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände festgestellt wurde. Die Geschäftsführer und die leitenden Persönlichkeiten in der Vereinigung sind fast ausschließlich frühere Offiziere, die von den Geschäften keine Ahnung haben, es aber gut verstehen, Spesen zu schinden. Nicht nur, daß sie für ihre Reisen Fahrkarten zweiter Klasse kauften und sich die Kosten für die erste Klasse erstatten ließen, auch die Beträge, die sie für Spesen und Propagandazwecke erhielten, standen in keinem Verhältnis zu den wirklichen Ausgaben. Solche Beispiele färben natürlich auf den schlecht bezahlten Kassierer ab, dem überdies seine Unterschlagungen durch die fehlende Kontrolle sehr erleichtert wurden. Diese Wirtschaft ist aber bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schon lange in Übung. Der frühere Kassierer hat sieben Jahre hindurch an dieser Stelle Dienst getan und Gelder unterschlagen.

Während untergeordnete Angestellte von dem Gelde der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände einen guten Tag leben, liegen sich die Spitzen der Organisation in den Haaren. Zwischen dem Vorstand und einzelnen Geschäftsführern ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Daß man von dem Malheur nicht erbaut ist, das Herr Dr. Meißinger mit seiner Aktennotiz angerichtet hat, kann man sich denken, und es ist auch verständlich, daß man dem Unglückswurm deutlich gesagt hat, daß es eine Eselei war, solche Dinge entgegen dem Rat des Ministerialdirektors Dr. Sitzler dem Papier anzuvertrauen. Einen weiteren Verdruß hat den leitenden Männern der Vorsteher der Propagandaabteilung, der Herr v. Zengen, mit seiner so unzeitgemäßen Propaganda für eine Arbeitsgemeinschaft gemacht. Dazu kommen die Enthüllungen, die der erwähnte Prozeß Schubert gebracht, und die verschwenderischen Ausgaben für die Propaganda, die viel Geld verschlingen. Dabei wurde auch viel Geld in Presseerzeugnisse gesteckt, die den Eindruck erwecken, als kämen sie von arbeiterfreundlicher Seite, während sie in Wirklichkeit den Zwecken der Scharfmacher dienen.

Es riecht in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Wenn man demnächst von einer Umgruppierung in ihrer Geschäftsleitung hört, braucht man sich nicht zu wundern. Jedenfalls haben die Herrschaften, die den Anspruch erheben, als die Reiniger des öffentlichen Lebens angesehen zu werden, alle Ursache, zunächst an sich selbst eine gründliche Reinigung vorzunehmen.

Die Ursache der Inflation.

In der „Handwerks-Zeitung", dem Amtsblatt der Handwerkskammer zu Berlin, vom 11. Oktober finden wir eine Erklärung für die Ursache der Inflation, die es verdient, niedriger gehängt zu werden. Dort wird berichtet:

In der Sitzung des großen Ausschusses des Deutschen Industrieschutzverbandes hat Generaldirektor Grützner einen Vortrag über die Notwendigkeit des Abbaues der Arbeitsgesetzgebung gehalten, in dem er die Frage nach der Ursache der Inflation stellte und sie in folgender Weise beantwortete:

„Die Antwort wird sein: weil zuviel Geld gedruckt wurde.

Warum wurde zuviel Geld gedruckt?
Weil die Wirtschaft das Geld zur Zahlung der beständig steigenden Löhne brauchte.
Warum stiegen die Löhne beständig?
Weil die Preise beständig stiegen.
Warum stiegen die Preise beständig?
Weil die Nachfrage nach Waren das Angebot beständig überstieg.
Warum war das Angebot kleiner als die Nachfrage?
Weil die Produktion im Verhältnis zum Konsum verringert war.
Warum war die Produktion verringert?
Weil die Leistungen der Arbeiterschaft geringer waren.
Warum waren die Leistungen verringert?
Weil die neue Arbeitsgesetzgebung einerseits die Leistungen beschränkte und anderseits die Arbeitgeber die Löhne nicht mehr nach den Leistungen zahlten.
Warum bezahlten die Arbeitgeber nicht mehr nach Leistungen?
Weil sie durch die neue Arbeitsgesetzgebung, die die Lohnfestsetzung durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifen durch Schlichter usw. in die Hände unbeteiligter Personen legte, an einer gerechten, auf Leistung beruhenden Entlohnung verhindert waren.

Die Wirkung der Arbeitsgesetzgebung war also der letzte Grund."

Der Generaldirektor Grützner ist natürlich nicht so dumm, daß er das Geschwätz, welches er dem Großen Ausschuß des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden Industrieschutzverbandes vortrug, wirklich glaubt. Aber offenbar schätzt er die geistigen Fähigkeiten seiner Zuhörer nicht hoch ein, daß er es riskieren konnte, so etwas zu bieten. Wenn man auf die Frage nach der Ursache der Inflation eine kurze Antwort geben will, dann muß man sagen, die Inflation wurde herbeigeführt durch die Steuerschen der Besitzenden.

Der Grund für sie wurde schon im Kriege gelegt, als man den Krieg durch Anleihen finanzierte, statt durch hohe Steuern auf Einkommen und Besitz. Statt den Kriegslieferanten tüchtig Steuern abzunehmen, ließ man sie klotzig verdienen. Diese Politik wurde nach dem Kriege fortgesetzt. Zwar wurden dann Steuern beschlossen, über welche die Besitzenden Zeter und Mordio schrien, aber das Zahlen tat ihnen nicht wehe. Am Fälligkeitstermin der Steuern war das Geld völlig entwertet.

Wie der Weltkrieg durch Anleihen, so wurde der Ruhrkampf durch die Notenpresse finanziert. In beiden Fällen das gleiche Prinzip: Respekt vor der Steuerschen der Besitzenden und Überwälzung der Lasten auf die breite Masse der besitzlosen Arbeiter. Nicht weil die Löhne der Arbeiter beständig stiegen, wurde so viel Geld gedruckt, sondern weil die Besitzenden keine Steuern zahlten und es den Arbeitern allein überließen, mittels der Lohnsteuer die leeren Reichskassen aufzufüllen.

Zur Förderung der Inflation hat die Kreditpolitik der Reichsbank wesentlich beigetragen. Ihr Präsident, Herr v. Havenstein, hat sich um seine Kunden ein großes Verdienst erworben, indem er ihnen gutes Geld lieh und sich die Leihsummen später in entwertetem Gelde zurückzahlen ließ. Kluge Leute, Stinnes ist der Typus für diese Sorte Ehrenmänner, nutzten diese billigen Kredite, richtiger gesagt, Geschenke aus den Taschen des hungernden Volkes, aus, um alle möglichen Unternehmungen zusammenzukaufen. Wenn auch das Papiergeld seinen Wert verlor, die Sachwerte mehrten den Reichtum derer, die sie zusammenzuraffen verstanden.

Diese Raffer und Schieber hatten das lebhafteste Interesse an dem Fortschreiten der Inflation, und sie setzten den Bemühungen der Arbeitervertreter, die auf eine Stabilisierung der Währung gerichtet waren, erfolgreichen Widerstand entgegen. Die Inflation wurde von den Unternehmern überdies zu einem ungeheuren Betrug an den Arbeitern ausgenützt. Die Reallöhne wurden auf einen kaum glaublichen Tiefstand herabgedrückt. Reichte doch, als die Inflation sich ihrem Höhepunkt näherte, der Lohn für eine ganze Woche Arbeit oft kaum aus, um auch nur das Brot für die Familie zu kaufen. Dabei wurden aber die gesamten Lasten für die Inganghaltung der Staatsmaschinerie den Arbeitern aufgehalst. Die Lohnsteuer erbrachte zeitweilig bis über 90 Prozent der gesamten Reichseinnahmen.

Das sind einige Andeutungen, die den Weg zur Erkenntnis der wahren Ursachen der Inflation zeigen. Wenn statt dessen versucht wird, die Arbeiterschaft für die Inflation verantwortlich zu machen, und die Wiederherstellung der absoluten Ausbeutungsfreiheit der Unternehmer gefordert wird, um eine neue Inflation zu verhüten, dann zeigt das, mit welcher Skrupellosigkeit das Unternehmertum die Niederhaltung der Arbeiterschaft betreibt.

Literarisches.

Alle nachstehend angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Wissenschaftliche Betriebsführung und Taylorsystem. Von Prof. J. Ermanski. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW. 68. 352 Seiten. Preis in Ganzleinen 10 Mk. — An Büchern, die das Problem der wissenschaftlichen Betriebsführung behandeln, fehlt es nicht. Die meisten dieser Bücher sind aber ausgesprochene Tendenzwerke im Sinne der Unternehmer. Ebenso falsch wäre es natürlich, wenn bei der Untersuchung des Problems nur auf die sozialpolitischen Interessen der Arbeiter Rücksicht genommen würde. Im Vordergrund aller Bemühungen zur Hebung der Produktion hat zu stehen die Frage: Wie muß die Wirtschaft organisiert und geleitet werden, damit alle Arbeitenden einen möglichst großen Nutzen von ihrer Tätigkeit haben. Prof. Ermanski läßt sich bei seinen Untersuchungen von diesem allein richtigen Grundsatz leiten. Daß er dabei oftmals zu Ergebnissen kommt, die weder den Arbeitern noch den Unternehmern restlos gefallen, ist nur zu natürlich. Das zeigt aber, daß sein Buch eine streng objektive und wissenschaftliche Arbeit ist. Wir wünschen dem Buche zahlreiche Leser.

Engels als Denker. Von Max Adler. 2. Auflage. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68. 123 Seiten. Preis in Pappband 3,50, in Ganzleinen 4,20 Mk. — Adler führt uns mit diesem Buche in leichtfaßlicher, lebendiger Darstellung ein in die Gedankengänge von Friedrich Engels und damit zugleich in die sozialistische Ideenwelt. In einem Anhang wird die Stellung Engels zur sozialen Revolution behandelt. Dabei werden Probleme erörtert, die heute im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen Bolschewismus und Sozialismus stehen.

Das Land der Sehnsucht. Reisen eines Naturforschers im Süden. Von Raoul H. Francé. Für den Bücherkreis verlegt von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68. — „Der Bücherkreis" ist eine Organisation zur Verbreitung guter Literatur. Gegen 1 Mk. Monatsbeitrag erhält jedes Mitglied jährlich vier hochwertige, gediegen ausgestattete Bücher und außerdem eine reichillustrierte, literarisch-künstlerische Monatsschrift. Das angezeigte Buch beweist, daß „Der Bücherkreis" hält, was er verspricht. Wegen Aufnahme in die Organisation wende man sich an die Geschäftsstelle „Der Bücherkreis", Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, oder an die örtliche Zahlstelle.

Urania. Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Von dieser empfehlenswerten Zeitschrift liegt jetzt das erste Heft (Oktober) des zweiten Jahrgangs vor. Auch dieses enthält zahlreiche wissenswerte Abhandlungen aus den verschiedensten Gebieten. Die „Urania" kostet vierteljährlich 1,60 Mk. bzw. 2,25 Mk., je nachdem die Buchbeilage broschiert oder gebunden gewünscht wird. Die vier Buchbeigaben des neuen Jahrgangs behandeln „Mensch und Maschine" (Ed. Weckerle), „Wie wir die Welt sehen" (Prof. Dr. M. H. Baege), „Glück und Tragik erblicher Belastung" (E. Mühlbach), „Der Menschheit täglich Brot" (Dr. Erwin Topf). Urania-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena.

Lokalbeamter gesucht.
Die **Verwaltungsstelle Königsberg i. Pr.** sucht zum 1. Dezember 1925 einen leitenden Lokalbeamten. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sein. Erforderlich ist organisatorische und agitatorische Befähigung, um die Verwaltungsstelle Königsberg selbständig leiten zu können. Aus den Bewerbungsschreiben muß die bisherige Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu ersehen sein. Bewerbungen sind bis zum 12. November mit der Aufschrift „Bewerbung" an den Vorsitzenden der Anstellungskommission, Koll. Gerhard Kuntz, Vord.-Roßgarten 61/62, Holzarbeiter-Verband, zu richten.

Drechsler für sofort gesucht. Ludwig Kohrs & Co., Soran-Rudolf-Bahn-Platz.

Einige durchaus tüchtige **Fertigpolierer** zum baldigen Eintritt ges. „Bülow"-, Flügel- und Pianofortefabrik. Zweigniederlassung der Philipps-A.-G., Aschaffenburg.

Einige Stuhlbauer für geschweifte Stühle sucht Möbelfabrik Städter & Co., Sinsen a. d. L. (Scheßenbg.).

Polierwatte + Christ. Nitschmann, Rabenau in Sa.

Hobelbänke, 2 m, bis 100 Mk. **H. Dregger, Holzminden,** Sparenbergstr. 11.

Tischlerschule Blankenburg am Harz
Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Leim- u. Furnieröfen
fertig. als Spezialität (Prosp. gratis)
Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 1

Alles zur Laubsägerei
Kerbschnitt, Holzbrand, liefert J. L. Hahn, Maxdorf 11 (Pfalz). Preisliste gratis und franko.

Stuhlflechtrohr!
Beste, ergiebigste Qualität.

Halbgl. rotband	Nr. 2a	3a	4a
pro Pfund Mk.	4.20	4.—	3.80

Bei 9 Pfund portofrei, liefert sofort **Walther, Dresden-N.,** Rebefelderstr. 53.

Kleinere Möbelfabrik
in Norddeutschland m. bedeutendem Ladengeschäft, gr. Privatkundenkreis, in best. Lage der Stadt, 2 Min. v. Bhf., sof. **zu verkaufen.** Preis 32000 Mk. bei halb. Anzahl. Gr. Hof m. Auffahrt, Rückgeb., Obst- u. Gemüsegart. am Hause. Sehr schöne 6-Zimmer-Wohn. bei Kaufabschl. sof. beziehbar. Für einen od. auch zwei strebs. Tischler eine blühende Existenz. Offerten unter „626" a. d. Exped. dies. Zeitung.

Zur Anfertigung von Weihnachtsgeschenken
für den eigenen Bedarf sowie auch für gewerbliche Zwecke empfehlen wir das vorzügliche Vorlagenwerk
Ergänzungsmöbel
Entwürfe für Klein- und Ziermöbel, Gebrauchs- und Luxusmöbel von W. Schliebener
40 Tafeln mit dargestellten Gegenständen und den erforderlichen Detailzeichnungen. — **Preis 10 Mk.** — Für die Mitglieder unseres Verbandes jedoch nur beim Bezug durch die Verwaltungsstellen 7 Mk.
Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Heraus aus der Gleichgültigkeit, Tischlerkollegen!
Ihr seid mit verantwortlich für den Aufstieg im Tischlerhandwerk.
Warum? Das sagt euch
Der junge Tischler
Seine Erziehung zu wahrhaftigem und schönem Schaffen
Von M. Heidrich und H. Weber
Zweite, erweiterte Auflage
Es gibt kein besseres Werk für unsere Tischlergesellen und Lehrlinge, die auf der Höhe bleiben oder sich zur größten Vollkommenheit durchringen wollen.
Inhaltsverzeichnis
Einst und jetzt. Die Bedeutung guter Tischlerarbeit für das Wohl des Staates. Tischlerei und Stil. Wege zu schönem Schaffen. Die Seele des Holzes. Tischlerarbeiten für Vorräume. Die Küche als Werkstatt der Hausfrau. Die Wohnküche. Das Wohnzimmer. Der Bau des Gestühls und des Geschränks. Das Schlafzimmer. Das Kinderzimmer. Was beim Bau vornehmer Zimmer wohl zu beachten ist. Die Diele. Das Empfangszimmer. Das Musikzimmer. Das Eßzimmer. Das Arbeitszimmer. Der Bau der Möbel. Heizkörperverkleidungen. Uhren und anderes Hausgerät. Gartengestühl.
Nachwort und Verzeichnis über die im Werk enthaltenen 137 Abbildungen.
Preis für das in Ganzleinen hergestellte Werk 8 Mark. — Mitglieder des Verbandes erhalten das Werk beim Bezug durch die Verwaltungsstelle für 5 Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2

Intarsien für Schatullen, Nähtische, Schlafzimmer usw. Musterbogen gegen 40 Pf. in Briefmarken. **E. Biller, Heidelberg,** Theaterstr. 7.

Kollegen! Hobelbänke
in jeder gewünschten Ausführung, Normalbank, 2 m lang, mit Eisenspindeln. Blatt und Untergestell, aus Ia trockener Rotbuche 88 Mk. **Bauhütten-Betriebs-Verband Schlesien, G.m.b.H.,** Abteilung Fabrik für Holzbearbeitung, **Liegnitz,** Gleiwitzer Str. 1.

Original Englische
Bildhauer- u. Drechsler-Werkzeuge. **Werkzeug-Neuheiten für Tischler** empfiehlt
Otto Bergmann.
Berlin-Lichterfelde-West. Zehlendorfer Straße 33.
Werkzeug-Katalog 1925
mit heutigen Tagespreisen versende bei Bedarf an Werkzeug gratis u. fr. Bestellungen werden nur schriftlich angenommen.

Erleichterung
beim Polieren in Akkord, einwandfreie Qualitätspolitur nur mit
Rapid-Schering Schellack-Politur
Sie liefern erstklassige Politur und kommen garantiert auf ihren Lohn.
Überzeugen Sie sich selbst! Gratisproben gern auf Verlangen.
Chem. Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering), Berlin, Müllerstraße 170/171

Schöne Intarsien für Möbel Schatullen **Maxim. Weiß, Würzburg,** Soill 17.

Bildhauer- u. Stuhlbauer-Werkzeug
unter Garantie liefert Fritz Pfotenhauer, Rabenau i. Sa.

Das vorzügliche Geschenkwerk!
Brehms Tierleben
In Auswahl herausgegeben und bearbeitet von Carl W. Neumann
*
6 Bände mit etwa 4000 Seiten Text und 150 Bildtafeln, umfassend Säugetiere, Vögel, Kriechtiere, Lurche, Fische. — Es darf keine Hausbibliothek mehr geben, in der dieses einzigartige Werk nicht vertreten ist.
In Ganzleinen geb. 30 Mk., in Halbleder geb. 45 Mk.
Wir bitten, durch die Verwaltungsstellen zu beziehen, da dann porto- und verpackungsfreie Zusendung erfolgt.
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.